Die Entstehung des Krieges 1939

Von

Werner Frhr. von Rheinbaben
Staatssekretär a. D.

1940
JUNKER UND DÜNNHAUPT VERLAG / BERLIN

Druck der Hofbuchdruckerei C. Dünnhaupt K.-G., Dessau.

Vorwort des Verfassers.

Diese Darstellung ist die Ausarbeitung und sinngemäße Ergänzung eines öffentlichen Vortrages, den ich im November v. J. in Stockholm, Uppsala, Göteborg und Lund auf Einladung der außenpolitischen Vereinigungen der schwedischen Studenten gehalten habe.

Alle in dem Vortrag zum Ausdruck gebrachten Gedankengänge sind möglichst wortgetreu wiedergegeben.

Indem ich nachträglich meinen Zuhörern, Studenten und Interessierten, für die mir gezeigte große Aufmerksamkeit danke, möchte ich eine Erinnerung unter vielen hier festhalten. Nach Beendigung meines Vortrages in Uppsala sah ich am Ausgang des Saales eine Gruppe lebhaft aufeinander einredender Frauen. Auf meine Frage nach Grund und Thema der Diskussion wurde mir mitgeteilt, daß es geflüchtete Polinnen waren. Ihr übereinstimmendes Urteil lautete: „Der Redner hat recht — England ist an allem schuld."

Berlin, Neujahr 1940.

Frhr. v. Rheinbaben,
Staatssekretär a. D.

Die Entstehung des Krieges 1939
– die deutsche Auffassung –

Über die Entstehung des Krieges 1939 gibt es wieder wie beim Weltkrieg 1914 zwei Thesen: die deutsche und die von Deutschlands Gegnern. Dazwischen gibt es manche andere Auffassung. Dabei kann man wiederum zwei Gruppen unterscheiden: die Leute mit einer vorgefaßten Meinung und diejenigen, die aufrichtig nach der Wahrheit suchen. Ich nehme an, daß Sie, meine Damen und Herren, zu dieser zweiten Gruppe gehören. Sie haben schon zwei Vorträge über dasselbe Thema aus dem Lager von Deutschlands Gegnern entgegengenommen. Diese Redner haben sich bemüht, Sie von Deutschlands Verantwortung und Schuld zu überzeugen. Heute werde ich Ihnen die deutsche Auffassung vermitteln, die ohne Propaganda, ohne Phrasen, unter Anführung möglichst vieler Tatsachen Ihnen die klare Schuld Englands und Frankreichs beweisen wird.

I.

Wieder wie beim Weltkrieg müssen wir auch beim Ausbruch des Krieges 1939 neben dem unmittelbaren Anlaß die wirklichen geschichtlichen Gründe heranziehen, wenn wir ein richtiges Urteil über die Entstehung des Krieges gewinnen wollen. Damals, 1914, war die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers der unmittelbare Anlaß; jetzt, 1939, war es die polnische Frage. Wir müssen zunächst die Frage beantworten: Ist Deutschland für den Krieg gegen Polen, aus dem der Krieg gegen die Westmächte hervorging, verantwortlich? Deutschlands Gegner sagen: Ja. Deutschland sagt: Nein! Nach unserer eben vorgeschlagenen Methode wollen wir zum Beweise der deutschen These einen kurzen Rückblick bis auf die Jahre des Weltkrieges werfen, damit wir den deutsch-polnischen Konflikt in seinem Ur-

sprung erkennen. Wie entstand jenes Polen, das wir Deutschen nach dem uns auferlegten Friedensdiktat das „Versailler Polen" nennen?

Im Weltkriege besiegen die deutschen Heere die „russische Dampfwalze". Mit dem Blut vieler tausend deutscher Soldaten wird der polnische Boden von russischer Herrschaft befreit. Entsprechend der damaligen Allianz zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn wird — unter mannigfachen Reibungen und Mißverständnissen — zwischen beiden Staaten eine gemeinsame Verwaltung des okkupierten Landes vereinbart. Da geschieht am 5. November 1916 etwas den meisten Deutschen völlig Unverständliches. Die verbündeten Kaiserreiche proklamieren feierlich einen unabhängigen polnischen Staat. Eine persönliche Erinnerung kommt mir in den Sinn. Ich war damals Legationsrat an unserer Gesandtschaft in Oslo. Mein Chef, der Gesandte, kommt am Nachmittag des 6. Novembers in mein Zimmer und gibt mir die Depesche zu lesen, in der die Nachricht von der Proklamation des neuen polnischen Staates mitgeteilt wurde. Seine Worte waren: „Lesen Sie — eine gute Nachricht!" Ich las die Depesche, war tief betroffen und antwortete: „Herr Minister, ich kann diese Nachricht in keiner Weise für gut halten." Darauf versuchte mein Chef mich zu trösten und meinte, ich hätte wohl den großen geschichtlichen Sinn der Nachricht mißverstanden; die Errichtung eines polnischen Staates sei undenkbar ohne vertrauliches Einvernehmen mit Rußland und diese Nachricht bedeute nicht mehr und nicht weniger als die Kunde von einem bevorstehenden Separatfrieden mit Rußland, von dem damals auch gerade in den skandinavischen Ländern viel gesprochen wurde.

Leider sah die Wirklichkeit ganz anders aus. Die Politik der beiden Kaiserreiche Deutschland und Österreich-Ungarn hatte einen verhängnisvollen Irrtum begangen. Die deutsche Regierung selbst hatte durch die Schaffung des polnischen Staates schon während des Weltkrieges dessen Organen, Legionären und Emissären in den Hauptstädten unserer Gegner die ihnen im höchsten Maße erwünschte Gelegenheit gegeben, sich immerhin schon so zu konsolidieren, daß beim deutschen Zusammenbruch 1918 die Leitung des polnischen Staates fast unan-

gefochten weite Gebiete der Provinz Posen besetzen konnte und unerhörte Ansprüche auf weiteres deutsches Gebiet zu stellen wagte. Dementsprechend verhielten sich die polnischen Politiker, die dann in Paris in den folgenden Monaten ebenso wie tschechische Überläufer die Delegierten der Siegermächte über die Ziehung der Grenzen der neugebildeten Staaten beraten haben. Wenn Sie wissen wollen, wie es damals inmitten unzähliger festlicher Empfänge, Frühstücke und Diners zugegangen ist, dann lesen Sie einmal das Buch „Peace makers". Es stammt von dem Deutschland gegenüber freilich verständnislos und feindlich eingestellten heutigen Unterhausmitglied Harold Nicolson, gibt aber ein treffendes Bild der Intrigen und der Kenntnislosigkeit jener Männer, die sich damals anheischig machten, Europa und der Welt einen langen Frieden zu verschaffen. Noch verhängnisvoller aber als jene von Festen ermüdeten französischen, englischen und amerikanischen Delegierten wirkten damals sogenannte „Sachverständige"; einer besonders, der amerikanische Professor Lord, aus dem Innern der Vereinigten Staaten stammend, spielte sich als Kenner der deutsch-polnischen Dinge auf, und seine gefälschten Karten wurden als Unterlage zur Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen weitgehend benutzt. Einen anderen amerikanischen „Sachverständigen" aus jener trüben Zeit traf ich später selbst im Jahre 1924 in Washington, den Mr. Brown Scott. Er rühmte sich, der federführende Verfasser der sogenannten Schuldnote von Versailles gewesen zu sein, die unter völlig falscher geschichtlicher Darstellung die Lüge von der Alleinschuld Deutschlands an der Entstehung des Weltkrieges enthielt. Ich erinnere mich noch deutlich an seine Worte. Er sagte mir: „Das kaiserliche Deutschland war ein imperialistischer und aggressiver Staat; er selbst, Mr. Brown Scott, und sehr viele Amerikaner hätten eine große Liebe zu Deutschland; aber nicht zu einem Deutschland von 1871—1914, sondern zu einem Deutschland der Dichter und Denker, zu einem Deutschland von Schiller und Goethe . . ."

Das war das Milieu von Paris in den Monaten der Vorbereitung der Friedensdiktate. Konsequent in ihrem Handeln und in ihrer Zielsetzung waren eigentlich nur drei: die Polen, die Tschechen und der greisenhafte Hasser Deutschlands, Clemenceau.

Im Kuhhandel zwischen Frankreich und England, bei dem auch die Fragen des nahen Ostens, Syriens, Arabiens usw., eine große Rolle spielten, wurden schließlich die deutsch-polnischen Grenzen deshalb etwas glimpflicher für Deutschland gezogen, weil sich der Engländer doch scheute, die maßlosen polnischen Wünsche bis aufs Letzte zu erfüllen. Trotzdem war das Ergebnis ein unerhörter Bruch des Rechtes, des Grundsatzes der Selbstbestimmung der Bevölkerung und nicht zuletzt ein Verstoß gegen die einfache Vernunft. Weite Teile deutschen Gebietes mit überwiegend deutscher Bevölkerung wurden in offener Verletzung des Wilsonschen Programms, das vereinbarungsgemäß die Grundlage für den Frieden bilden sollte, an Polen gegeben. In gewissen Gebieten wurde eine Abstimmung vorgeschrieben. Sie fiel überall trotz größter Erschwernisse zugunsten Deutschlands aus. Auch in Oberschlesien, wo zwei Drittel der Bevölkerung für Deutschland stimmten. Trotzdem wurde auch dort eine unmögliche, blutende Grenze gezogen. Der leitende Gedanke dafür war, einen möglichst großen Teil der von Deutschland geschaffenen Kohlen- und Eisenindustrie den Polen zuzuschanzen, die nach französischer Absicht nunmehr die Rolle eines Todfeindes Deutschlands übernehmen sollten. Die Grenze ging mitten durch Städte, Dörfer, Landbesitz, Kohlengruben, Bahnhöfe hindurch. Noch ungerechter und unvernünftiger war die Schaffung eines breiten polnischen Gebietsstreifens, des sogenannten Korridors, zwischen Ostpreußen und dem Reich, und die Schaffung der sogenannten „Freien Stadt Danzig", d. h. die Losreißung dieser uralten deutschen Hansestadt vom Reich stand dagegen nicht zurück.

Kaum hatte Polen seine Herrschaft über die bisher deutschen Gebiete angetreten, so wurde zunächst einmal über eine Million deutscher Menschen aus dem Erbe ihrer Väter, aus ihrem Besitz und aus ihren Stellungen hinausgetrieben. Auf die zurückgebliebene deutsche Minderheit legte sich die schwere Hand des neuen Machthabers. Zwar waren ihm die Gebiete von den Siegern unter der ausdrücklichen Bedingung überlassen worden, daß er die deutsche Minderheit ebenso behandeln sollte wie seine polnischen Bevölkerungsteile. Das war auch Sinn und Inhalt besonderer Verträge zwischen Polen und den Siegern,

und Clemenceau schrieb damals einen berühmt gewordenen Brief an den ersten polnischen Ministerpräsidenten Paderewski, um ihn an die Einhaltung dieser feierlichen polnischen Verpflichtung zu mahnen. Polen aber kümmerte sich vom ersten Tage seiner neuen Machtstellung ab nicht um Verträge. Seine Politik dem deutschen Bevölkerungsteil gegenüber hieß ununterbrochen und bis zum 1. September 1939: Entdeutschung! Die polnische Agrargesetzgebung enteignete ganz überwiegend den deutschen Landbesitz. Deutsche Schulen, Kirchen und Wohlfahrtseinrichtungen wurden benachteiligt und deutsche Menschen zu Bürgern minderen Rechts gemacht. Allmählich trat der Völkerbund, dem die Garantie des Minderheitenschutzes übertragen war, in Aktion, und seine Aktenschränke brachen fast unter der Last der von den unterdrückten Volksdeutschen einlaufenden Klagen und Beschwerden. Wie in so vielen anderen Fragen hat Genf auch auf diesem Gebiet kläglich versagt. Frankreich war es, das in all diesen Jahren in Hilfsstellung zu dem polnischen Freunde und Verbündeten jede wirkliche Erleichterung für die deutsche Minderheit verhindert hat. Sein Ziel war ebenso klar wie das polnische. Deutschland und Polen sollten und mußten weiter Feind sein, und für einen künftigen Kriegsfall sollte bei zeitweiligem Ausfall Rußlands Polen der Partner eines Zweifrontenkrieges gegen Deutschland werden. Dabei spielte zugleich der Plan einer Polonisierung Danzigs seine Rolle, der mit nicht geringerer Hartnäckigkeit betrieben wurde.

Wie oft hat in den Jahren 1919 bis 1933 Deutschland mit den berühmten friedlichen Mitteln des Völkerbundes versucht, die Lage des Deutschtums in Polen zu verbessern! Wie oft standen in den ersten Jahren nach Begründung des Völkerbundes erst Danziger Vertreter allein, dann Danziger neben den Vertretern des Reiches in Genf vor dem Beratungstisch des Völkerbundsrats und forderten ihr Recht! Sie bekamen es so gut wie niemals. Polen errichtete an der Weichselmündung auf Danziger Gebiet dicht vor den Toren der Stadt ein Munitionsdepot auf der Westernplatte. Es gründete draußen an der Danziger Bucht den Hafen von Gdingen mit der ausgesprochenen Absicht, Danzig allmählich als Hafen und Wirtschaftsfaktor abzuwürgen, und voller Hohn wies es bei weiteren Klagen des Reiches über die

ungerechte Behandlung deutscher Menschen darauf hin, daß die früher zu Deutschland gehörenden Gebiete jetzt nach Austreibung eines immer größeren Teiles der deutschen Bevölkerung mehr und mehr ein polnisches Gesicht erhalten hätten.

So verliefen die deutsch-polnischen Beziehungen 1919 bis 1933 in einer fast ununterbrochenen Kette von Spannung zu Krise und von Krise zu neuer Spannung. Dann kam am 30. Januar 1933 das neue, das nationalsozialistische Deutschland. Der Führer beschloß, das seine zu tun, um dem unerträglichen Zustand ein Ende zu machen. Das deutsch-polnische Verhältnis sollte durch einen freiwilligen Akt deutscher Politik aus der bisherigen Zone der Krisen und Spannungen herausgenommen werden. Er bot der damaligen polnischen Regierung jenes Abkommen guter Nachbarschaft an, das dank der Einsicht des damals in Polen maßgebenden Mannes, des Marschalls Pilsudski, in Gestalt der Erklärung vom 26. Januar 1934 zum Abschluß kam. Worin bestand dieser seither so oft zitierte Vertrag?

Zur Schlichtung von Streitigkeiten sollten in Zukunft ausschließlich friedliche Mittel angewandt werden. Beide Staaten wollten den aufrichtigen Versuch machen, als gute Nachbarn miteinander zu leben, sie wollten in direkter Auseinandersetzung, ohne Völkerbund oder sonstige Vermittler, alle Fragen besprechen und regeln, die einer solchen Regelung bedurften. Das war eine erste Anwendung des neuen Grundsatzes der nationalsozialistischen deutschen Außenpolitik, ohne unklare und komplizierte Bindungen internationaler Art in direktem Verkehr, Staat zu Staat, eine Politik friedlicher Zusammenarbeit zu betreiben. So schien zwischen Deutschland und Polen eine neue Ära eingeleitet zu sein. Deutschland bekam international vielfach eine gute Zensur. Um so heftiger wurde es 1939 getadelt und die falsche Behauptung aufgestellt, Deutschland habe den schönen Vertrag von 1934 im Frühjahr 1939 einseitig annulliert, also ihn gebrochen. Wie steht es mit dieser Behauptung?

Zunächst wollen wir eine unleugbare Tatsache feststellen: Polen hat nach dem Abschluß des Vertrages von 1934 seine Entdeutschungspolitik fortgesetzt. Mehr als das: es benutzte den Vertrag von 1934 geradezu als Deckung für ein noch

schnelleres Vorgehen gegen seinen deutschen Bevölkerungsteil. Es rechnete damit, daß Deutschland in seiner gefährdeten Lage den Westmächten gegenüber nicht wagen würde, die neu geschaffene Freundschaft mit Polen wieder zu kündigen. Und so hat Polen in Wahrheit seinen Vertrag mit Deutschland gewissenlos ausgenützt.

War es angesichts dieser nicht zu bestreitenden Entwicklung nicht verständlich, daß das Deutschland von 1939 in seiner Führung folgende Überlegungen anstellte: Polen hat viele Vorteile aus seinem gebesserten Verhältnis zu Deutschland gezogen. Polen ist auf dem Wege zu seinem Ziel, eine europäische Großmacht zu werden, gerade durch die ihm von Deutschland freiwillig eingeräumte Stellung erheblich vorwärtsgekommen. Polen ist durch den Vertrag mit Deutschland insbesondere sehr viel selbständiger gegenüber Frankreich und Rußland geworden. Polen hat schließlich dank der deutschen Aktion gegenüber der Tschechoslowakei im September 1938 ohne Verlust eines einzigen Soldaten sich das bisher tschechische Olsa-Gebiet einverleiben können. Sollte Polen angesichts dieser klaren Vorteile seines gebesserten Verhältnisses zu Deutschland nicht Verständnis für eine friedliche Revision der für Deutschland auf die Dauer unhaltbaren Grenzregelung von 1919 haben? Lag hier nicht geradezu ein Schulbeispiel für die Möglichkeit einer Revision vor? Stand einem solchen Revisionswunsch etwa, wie Polen behauptet hat, die Erklärung von 1934 entgegen? Keineswegs! Es stand von vornherein fest, daß diese Abmachung in keiner Weise für Deutschland die Anerkennung der deutschen Ostgrenzen in sich schloß. Die Erklärung sollte vielmehr eine Grundlage für die Lösung aller Probleme, also auch, und sogar hauptsächlich, der territorialen schaffen. Im Rahmen des neuen freundschaftlichen Verhältnisses mußte früher oder später das Danzig- und Korridorproblem geregelt werden. Nach deutscher Auffassung konnte aber eine solche Revision erst zur Erörterung gestellt werden, nachdem durch einige Jahre friedlicher Nachbarschaft und Zusammenarbeit die Atmosphäre dafür geschaffen war. War das brutale deutsche Aggression? War das Streben nach Vorherrschaft in Europa? War das ein weiterer Schritt zur angestrebten deutschen Weltherrschaft, wie es in den propa-

gandistischen Schlagworten der Presse in allen deutschfeindlichen Ländern hieß?

Nein, Deutschland wollte auch in diesem Falle lediglich eine Teilwiedergutmachung des Unrechtes von 1919 und wäre bei Erfüllung seiner Revisionsforderung bereit gewesen, auf weitere territoriale Wünsche gegenüber Polen ebenso Verzicht zu leisten, wie es gegenüber Frankreich freiwillig und endgültig auf Elsaß-Lothringen verzichtet hatte.

Was Deutschland unter der Revision verstand, war Polen lange vor Kriegsausbruch bekannt. In wiederholten Unterredungen, deren Bedeutung keinem Zweifel unterlag, waren in dem Jahr vor dem Kriegsausbruch die deutschen Wünsche der polnischen Regierung übermittelt worden. Am 24. Oktober 1938 teilte sie der Außenminister von Ribbentrop mündlich dem polnischen Botschafter Lipski zum ersten Male in der folgenden Formulierung mit:

Danzig kehrt zum Reich zurück; Polen erhält dort einen Freihafen, einen exterritorialen Zugang dazu und eine Absatzgarantie für polnische Waren. Zwischen dem Reich und Ostpreußen wird eine exterritoriale Autostraße und Eisenbahn gebaut. Die gemeinsamen Grenzen werden gegenseitig anerkannt und der deutsch-polnische Vertrag von 1934 wird um 10 bis 25 Jahre verlängert.

Am 5. Januar 1939 hat dann der deutsche Führer dem polnischen Außenminister Beck dieselben Vorschläge wiederholt. Aus seinem Munde erfuhr der polnische Minister das Anerbieten Deutschlands, die Grenzen zwischen Polen und Deutschland einschließlich des bei Polen verbleibenden Korridors feierlich zu garantieren.

Am 6. Januar 1939 hat der deutsche Außenminister in längeren und eindringlichen Ausführungen dem polnischen Außenminister die große Bedeutung des deutschen Angebots erläutert.

Am 25. und 26. Januar 1939 hat der deutsche Außenminister anläßlich seines Staatsbesuches in Warschau nochmals den deutschen Wunsch vorgetragen, mit Polen auf der vorher erörterten Grundlage durch Verhandlungen in das Verhältnis dauernder guter Nachbarschaft zu gelangen.

Bei diesen Gelegenheiten wurde das deutsche Angebot von den polnischen Vertretern nicht etwa als Attentat auf die polnische Unabhängigkeit zurückgewiesen, sondern freundschaftlich besprochen. Die polnischen Vertreter wiesen auf gewisse innerpolitische Schwierigkeiten hin, bemerkten aber, daß man das Angebot eingehend prüfen müsse und daß auch polnischerseits eine endgültige Bereinigung des deutsch-polnischen Verhältnisses erstrebt werde.

Am 21. März 1939 wurden in einem abschließenden besonders eingehenden Gespräch zwischen Außenminister von Ribbentrop und Botschafter Lipski die deutschen Revisionsvorschläge nochmals präzisiert. Zu dem bisherigen Garantieangebot Deutschlands trat als Ergänzung der Vorschlag, die Slowakei in ihrer endgültigen Grenzziehung gemeinsam zwischen Deutschland, Polen und Ungarn zu garantieren, um so symbolisch die dauernde praktische Zusammenarbeit zu statuieren.

All diesen deutschen Vorschlägen und Angeboten lag der loyale Wunsch Deutschlands zugrunde, nach Bereinigung der tschechoslowakischen und der Memelfrage nun auch ohne Zeitverlust im selben Zuge der Ereignisse die deutsch-polnische Frage endgültig zu bereinigen und damit das tatsächliche Ende des Prozesses der „Liquidation von Versailles“ herbeizuführen. Völlig falsch ist hiernach die Behauptung, daß Deutschland am 21. März 1939 plötzlich und brutal Polen mit unannehmbaren Forderungen überfallen habe. Diese Lüge ist von Polen selbst am 23. März 1939 durch Teilmobilmachung seines Heeres und Einleitung einer internationalen Presse-Propaganda gegen Deutschland in die Welt gesetzt worden. Der Außenminister Beck, der sich einige Zeit vorher in London zu einem formellen Besuch angesagt hatte, reiste nun durch Deutschland dorthin, lehnte aber eine Einladung des Führers, in Berlin Station zu machen, ab. Er wollte nicht auf der Grundlage der deutschen Vorschläge verhandeln. Folgerichtig lehnte Polen in einer formellen Beantwortung der deutschen Note vom 21. März 1939 die deutschen Forderungen am 26. März schriftlich ab. Inzwischen war in England und Frankreich der von Polen gewünschte falsche Eindruck entstanden, daß das angeblich unersättliche Deutschland nunmehr nach der Errichtung des Protektorats Böhmen-

Mähren und der Rückgliederung Memels mit brutalster Drohung auch Polen zu Gebietsabtretungen veranlassen und in seiner Unabhängigkeit vergewaltigen wolle.

Das war die polnische Taktik und Politik jener entscheidungsvollen Märztage. Polen hat damals England und Frankreich gegenüber wohlweislich verschwiegen, daß ihm die deutschen Forderungen in Wahrheit seit dem 24. Oktober 1938 bekannt gewesen waren und daß es sich genau um das Gegenteil einer brutalen Bedrohung, nämlich um Erörterung eines wiederholt vorgetragenen Wunsches nach friedlicher Revision handelte. Was Polen wirklich tat, war die scheinbar pfiffige, in Wirklichkeit aber unendlich kurzsichtige Ausnutzung der „Konjunktur", d. h. der englischen Mißbilligung des deutschen Einmarsches in Prag vom 15. März, zur Erlangung eines festen Beistandsversprechens Englands, nachdem es schon den französischen Beistand bei der Eigenart der traditionellen Politik Frankreichs automatisch immer dann haben konnte, wenn es ihn haben wollte. So hat Polen sich damals in völlig verkehrter Beurteilung der europäischen Kräfte und Realitäten der englischen Kriegspartei in die Hände gegeben. Es wurde zum Objekt der englischen Machtpolitik, denn England erteilte Herrn Beck nunmehr am 31. März seine berüchtigte „Garantie". Das war das verhängnisvolle Wechselspiel zwischen Polen und der englischen Kriegspartei. Es ist natürlich völlig falsch, wenn England behauptet, es habe die Garantie erst dann gegeben, als Polen die deutschen Forderungen schon abgelehnt hatte, und sei deshalb für diese Ablehnung ebensowenig verantwortlich wie für das sonstige Tun und Lassen der polnischen Politik vor der Garantie.

Ist wohl einer unter Ihnen, der diese Behauptung für glaubhaft hält? Wie wäre das möglich! Die Tatsachen reden doch eine so klare Sprache: Polen fühlte sich seit dem 15. März, seit dem deutschen Einmarsch in Prag und seiner herben Verurteilung in London und Paris, der vollen Sympathie der Westmächte sicher; es stand in dauernder diplomatischer Aussprache mit ihnen, und nur, weil es die Auffassung Englands und Frankreichs genau kannte, lehnte es die maßvollen, ihm längst bekannten deutschen Forderungen am 26. März mit Schroffheit ab. Umgekehrt hat die Mehrheit des englischen Kabinetts, die

zum Kriege drängte, mit Freuden die Gelegenheit dieses verhängnisvollen Irrtums ergriffen und ausgenutzt, um England und sein Volk einen großen Schritt vorwärts zum Kriege gegen Deutschland zu führen. Man kann sogar noch weiter gehen und sagen: Die englische Kriegspartei hat es durch die Garantie an Polen, ebenso wie es ihre Vorgänger vor dem Weltkriege durch die heimlichen Bindungen mit Frankreich getan hatten, aber diesmal sogar mit öffentlichen Methoden fertiggebracht, das englische Volk, ohne daß dieses selbst recht wußte, worum es wirklich ging, in die Zwangslage zu versetzen, in einem gegebenen Augenblick den Machtkampf gegen das neue Deutschland aufzunehmen.

Das ist die durch keine Propaganda und keine Lüge zu erschütternde tatsächliche Vorgeschichte der englischen Garantie an Polen. Ihre Kenntnis ist unbedingt nötig, um die Entstehung des jetzigen europäischen Krieges zu verstehen. Ohne die Garantie Englands und bei einer aufrichtigen Bemühung der englischen Politik, in der deutsch-polnischen Grenzfrage das von ihr selbst durchaus erkannte Unrecht von Versailles wenigstens zum Teil in friedlichen Verhandlungen wiedergutzumachen, wäre Polen vom 21. März des Jahres ab einen anderen Weg gegangen. Dann wäre auch die schwierigste und delikateste Streitfrage an Deutschlands Grenzen ohne bewaffneten Konflikt gelöst worden, die Gesamtentwicklung hätte ganz andere Wege eingeschlagen, und Europa wäre dieser Krieg erspart geblieben. So aber ging nach dem 31. März, seit der Garantie Englands, Polen in Größenwahn und Überschätzung seiner außenpolitischen und militärischen Positionen den Weg ins Verhängnis. Am 28. April erklärte der deutsche Führer in seiner Reichstagsrede folgerichtig den deutsch-polnischen Vertrag von 1934 für erloschen — Polen hatte sich mit dem offenen Gegner Deutschlands verbündet —, aber er fügte ausdrücklich hinzu, daß auch jetzt noch Deutschland zu neuen Verhandlungen mit Polen bereit sei. Das war eine Ankündigung, aber es war auch eine Warnung, eine deutliche Aufforderung an Polen, sich die letzten Konsequenzen seiner Handlung wohl zu überlegen.

Polens Antwort war gegenüber Danzig und gegenüber seiner deutschen Minderheit die radikale Durchführung eines Systems

der rücksichtslosen Unterdrückung, der Ausrottung, des Mordes. Als im Laufe des Frühjahrs und Sommers 1939 immer mehr Nachrichten über diese Geschehnisse in der europäischen Presse erschienen, gingen England und Frankreich mit einem Achselzucken darüber hinweg. Leichtfertig wurde die Behauptung aufgestellt, daß „wie gewöhnlich“ die deutsche Propaganda alles maßlos übertriebe. In London und Paris zeigte sich eine Mischung von schlechtem Willen und völliger Verständnislosigkeit gegenüber dem gefährlichen Feuer, das hier entzündet war. Schon aber konnte man die Entsetzlichkeiten vorahnen, deren Zeugen wir nach Kriegsausbruch geworden sind. Das Nebeneinanderleben von Deutschen und Polen auf demselben Raum war nun völlig unmöglich geworden, ähnlich wie sich dies im Jahre vorher für Deutsche und Tschechen erwiesen hatte.

So weit Sie auch in der Geschichte zurückblättern, immer werden Sie finden, daß die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen ein ganz besonders schwieriges und heikles Problem bedeutet haben. Es ist wirklich keine deutsche Überheblichkeit, wenn wir feststellen, daß die deutsche Kultur der polnischen weit überlegen ist. Aber nicht nur auf dem Gebiete der Kultur, sondern auf fast allen Gebieten menschlicher Betätigung steht der Pole dem deutschen Menschen nach. Er weiß und fühlt das, und jeder, der den Osten kennt, kennt auch den Inferioritätskomplex, den der Durchschnittspole gegenüber dem Durchschnittsdeutschen hat. Und gerade weil der Pole sich unterlegen fühlt, hat er in der Zeit der politischen und militärischen deutschen Ohnmacht seinen Gefühlen und Instinkten durch Brutalität und Vergewaltigung gegen wehrlose Deutsche freien Lauf gelassen. Schon im Sommer 1939, noch vor Ausbruch des Krieges, sind deutsche Menschen zu Hunderten hingemordet worden, und diese zahlreichen deutschen Opfer haben durch Hingabe ihres Lebens die Unhaltbarkeit der bisherigen Zustände vor der Welt kundgetan. Freilich nur, soweit sie sich noch die Fähigkeit zu einem gerechten objektiven Urteil bewahrt hat.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einige kurze zusammenfassende Bemerkungen über die geschichtliche Rolle der beiden Deutschland benachbarten slawischen Völker, der Polen und Tschechen, machen. Als einst die Völkerwanderung zum Still-

stand gekommen war, haben sich auf dem kontinentalen europäischen Raum, den man mit Fug und Recht den Lebensraum der Deutschen nennen kann, die beiden Splitter des Slawentums, die Polen und die Tschechen, so tief in deutsches Land hineingeschoben und sind dann im Hin und Her der Geschichte ihrerseits so weitgehend von deutschem Land und deutschen Menschen umgeben und mit ihnen verflochten gewesen, daß eigentlich und auf die Dauer gesehen immer nur entweder der Deutsche oder der Pole und der Tscheche mit Hilfe von anderen deutschfeindlichen Kräften herrschen konnte. Glauben Sie, daß es lediglich ein Zufall oder brutale Ausnutzung der Übermacht gewesen ist, daß die Tschechen schließlich in die Habsburger Monarchie als beherrschtes Volk eingegliedert wurden und der polnische Staat unter Preußen, Rußland und Österreich-Ungarn aufgeteilt worden ist? Nein, die geschichtlichen Tatsachen lehren etwas anderes: Nur solange sich Polen und Tschechen in das Leben und die Kultur deutscher Staaten eingliederten, war auch bei ihnen Fortschritt und Aufbau. Sobald sie sich gegen das große deutsche Volk wandten, mit dem sie nun einmal aufs engste nachbarlich verbunden waren, fand stets ein neues Zurücksinken in geschichtlich kurzer Zeit statt. Im Jahre 1918/19 wurden die beiden neu errichteten Staaten künstlich über ihr eigentliches Volkstum hinaus vergrößert und als Feinde Deutschlands vermöge der Siegermacht Frankreichs und Englands in den Kreis der Kriegsgewinner hineingezogen. Schon 20 Jahre später, 1939, hat die Geschichte erneut gezeigt, daß weder die Polen noch die Tschechen in Gegnerschaft gegen Deutschland ihren Staat in der europäischen Mitte behaupten konnten. Beiden Völkern schien 1919 die große Stunde zu schlagen. Die Sieger erkannten sie nicht nur an, sondern halfen ihnen, so schnell wie möglich ihr deutschfeindliches System auszubauen. Von 1919 bis etwa 1936 war Frankreich in Europa die militärisch führende Großmacht, und seine Bündnisse mit Polen und der Tschechoslowakei waren im Sinne der alten traditionellen Politik Richelieus das wichtigste Mittel aller deutschfeindlich eingestellten Kräfte, um Deutschland auch von Osten und aus der Mitte her niederzuhalten. England ließ nach dem Weltkriege lange Zeit Frankreich freie Hand. Sein Außenminister von 1925 bis 1929, Sir Austen

Chamberlain, Stiefbruder des jetzigen englischen Ministerpräsidenten, sprach einst in meiner Gegenwart davon, daß England niemals wegen Danzigs oder einer Frage des europäischen Ostens marschieren würde. Vergleichen Sie mit dieser Äußerung des alles andere als deutschfreundlich eingestellten älteren Chamberlain etwa die Einstellung des Ministers Eden, wie sie neulich aus Geheimberichten tschechischer Diplomaten deutlich hervortrat: Eden freute sich im August 1938 über jeden Zug der Entwicklung, der die englische Einmischung in Mitteleuropa verstärkte. Das eben war es, was seit 1936 in zunehmendem Maße auf der europäischen Entwicklung lastete. England hatte wieder wie vor dem Weltkriege die Führung in der Politik der Westmächte übernommen, und Englands Einmischung in die Entwicklung in der Mitte und im Osten Europas, der Frankreich nur allzu willig Gefolgschaft leistete, hat Polen und Tschechen zunächst zu einer Überschätzung ihrer Stellung und ihrer Möglichkeiten gegenüber Deutschland, dann zum Verhängnis geführt.

Im Frühjahr und im Sommer 1939 lautete Englands und Frankreichs Rat an Polen: Lehnt die deutsche Revisionsforderung ab, seid gewiß, wir Engländer und Franzosen stehen an eurer Seite. Bewilligt nichts von allem in Danzig und im Korridor, was auch immer Deutschland vorgeschlagen hat.

Das ist im wesentlichen das Kennzeichen der europäischen Spannung im vorigen Sommer gewesen. Wir wollen uns nun den sich überstürzenden Ereignissen der letzten Tage des August zuwenden. England weist immer wieder auf gewisse diplomatische Dokumente hin, die angeblich die Schuld und Verantwortung Deutschlands gerade aus seinem Verhalten in den letzten Tagen vor Ausbruch des Krieges beweisen sollen. Eine große Rolle spielt dabei das sogenannte englische Blaubuch. Aber auch dieses kann nicht leugnen, daß der deutsche Führer noch im letzten Augenblick, auf dem Höhepunkt der Krise, aber rechtzeitig genug, um den Frieden zu erhalten, neue positive Vorschläge zu einer friedlichen Lösung des Konflikts gemacht hat: Danzig deutsch — Volksabstimmung im Korridor — Gdingen polnisch — polnische Sonderrechte im Danziger Hafen. Wie stellten sich Polen und England zu diesen Vorschlägen? Heute wird die Propagandalüge schon etwas leiser vorgetragen, wonach

angeblich weder London noch Warschau Kenntnis von diesen immer noch maßvollen und auf die Erhaltung des Friedens und friedlichen Zusammenlebens abgestellten Vorschlägen gehabt hätten. Das ist ganz einfach nicht wahr. Die diplomatischen Dokumente zeigen vielmehr folgendes: England bezeichnete die deutsche Forderung, daß Polen sofort einen bevollmächtigten Unterhändler nach Berlin zur Verhandlung über den in der Ausarbeitung befindlichen deutschen Vorschlag schicken sollte, als unvernünftig. Es hielt das eben nicht für opportun. Sein Botschafter in Warschau hat überdies die ihm von London aufgetragene Weiterleitung des am 29. August überreichten deutschen Memorandums an die polnische Regierung zunächst mit der höchst bezeichnenden Begründung abgelehnt, daß Warschau ja schon die gemäßigteren Vorschläge Deutschlands vom 21. März zurückgewiesen habe und daß die jetzigen daher naturgemäß keinerlei Erfolg haben würden. Vor allem aber zeigt gerade das Studium der von England selbst veröffentlichten diplomatischen Dokumente, daß es alles andere als eine wirkliche loyale Vermittlung betrieben hat. Seine unklare und zweideutige Haltung hatte vielmehr nur das eine Ziel, einen Erfolg direkter deutsch-polnischer Verhandlungen hintanzuhalten. Warum nahm England diese Haltung ein? Weil es nach der großartigen bombastischen Ankündigung seines Beistandes befürchten mußte, daß ein vernünftiges Einlenken Polens zwar den Frieden erhalten, aber Englands Prestige der Welt gegenüber noch weiter erheblich vermindern würde. Leider hat ja eben diese Haltung Englands in den letzten entscheidenden Tagen die polnische Regierung erst recht in ihrer Verblendung und Intransigenz bestärkt. Auch sie kannte die deutschen Vorschläge, die in ihrer endgültigen Form von Botschafter Henderson nicht nur nach London, sondern sofort auch an seinen Kollegen in Warschau und an Polens Vertreter in Berlin weitergegeben worden waren. Den ganzen Vormittag des letzten Friedenstages, des 31. August, spielte das Telephon zwischen der Berliner polnischen Botschaft und dem Außenministerium in Warschau. Glaubt irgend jemand, daß diese Unterhaltung dem Wetter oder irgendeiner Routinefrage galt? Spätestens seit dem 29. August, seit dem Memorandum des Führers an Botschafter Henderson, wußte England und damit auch

Polen, daß die jetzigen deutschen Forderungen in Verstärkung derjenigen vom 21. März Danzig, den Korridor und den Schutz der deutschen Minderheit betrafen. Selbst wenn also die englische Diplomatie in London und Warschau getäuscht und verschleppt hat, mußte Warschau am 31. August wissen, daß es jetzt „ums Ganze“, d. h. um die Frage Krieg oder Frieden, ging — und Warschau hat es nur zu gut gewußt! Die Stimme Polens ertönte zur Erklärung der Generalmobilmachung und zu einer Radioverkündung an die Welt, daß die deutschen Vorschläge „unverschämt“ seien und selbstverständlich nicht in Erwägung gezogen würden!

So muß man leider zu dem Ergebnis kommen, daß die einzige Absicht der englischen Politik, als sie voreilig und fälschlich die Bereitschaft Polens zu Verhandlungen mit Deutschland verkündete, die gewesen ist, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen und dabei die deutschen Forderungen auf Unwesentliches herabzudrücken. Die Rückkehr Danzigs zum Reich und den Verbindungsweg zwischen Ostpreußen und dem Reiche, geschweige denn eine Abstimmung über das Schicksal des Korridors und endlichen Schutz der deutschen Menschen, wollte Polen offenbar keinesfalls zugestehen, wie ja seine ganze Politik seit dem März des Jahres auf dieser Ablehnung aufgebaut war.

Hiermit war die Grenze der deutschen Verhandlungsmöglichkeit erreicht. In diesen letzten Sommerwochen war für Deutschland die ganze Gefährlichkeit eines auch mit England militärisch verbündeten Polen klargeworden.

Nach dem Wortlaut des englisch-polnischen Garantievertrages hatte Polen geradezu einen Freibrief erhalten; wenn es selbst sich für bedroht erachtete und die Anwendung der Waffen für gegeben ansah, dann sollte automatisch, ohne Beratung, ohne Prüfung der Sachlage England mit seiner ganzen Macht an Polens Seite treten und Frankreich sollte beiden Heeresfolge leisten. So bestand in den letzten Augusttagen geradezu ein Lebensinteresse Deutschlands daran, daß Klarheit geschaffen werde. Deutschland hatte sein Äußerstes getan, die Verhandlungsmöglichkeiten bis aufs letzte auszuschöpfen. Es hatte auch auf dem Höhepunkt der Krise kein Ultimatum an Polen gestellt, wohl aber hatte es die nach seiner Auffassung allein möglichen Grund-

lagen für Verhandlungen mit Polen unmißverständlich verkündet. Es wartete zwei volle Tage auf den erbetenen bevollmächtigten polnischen Unterhändler. Dieser Unterhändler war nicht erschienen, wohl aber häuften sich die Grenzzwischenfälle, die Schießereien auf deutsches Gebiet hinüber und die Morde an Volksdeutschen. Wenn jemals ein Volk durch Größenwahn und Provokation einem starken Nachbarn gegenüber seinen Untergang selbst herbeigeführt hat, so hat dies Polen getan. Größenwahn! Wollen Sie wissen, was polnischer Größenwahn ist? Im Sommer 1915, während des Weltkrieges, zeigte mir ein Freund, der sich damals in dem von deutschen Truppen besetzten Warschau aufhielt, ein Musikstück, das er in einer dortigen Notenhandlung aufgefunden hatte: den Einzugsmarsch der polnischen Truppen in Berlin, komponiert von Herrn Paderewski, dem berühmten Klaviervirtuosen, der später einmal Ministerpräsident von Polen werden sollte. Auf dem Titelblatt war das Brandenburger Tor mit den hindurchziehenden polnischen Truppen abgebildet. Im Sommer 1939 hielten polnische Generale und Politiker blutrünstige Reden über die bevorstehende Schlacht bei Berlin...!

Provokation! Polen kannte die Gefährlichkeit seiner Lage. Es hatte die deutsche Entwicklung seit 1933 aus nächster Nähe und in bester Kenntnis aller mitwirkenden Faktoren verfolgen können. Seine Politiker wußten, was sie taten, als sie die deutschen Forderungen im Frühjahr und bis zur letzten Stunde vor Beginn des Krieges ablehnten, als sie den Morden an den deutschen Menschen auf polnischem Boden nicht Einhalt geboten, als sie den Mob des Industriegebietes wieder wie in den Aufständen von 1919/20 bewaffneten und die entsetzlichen Grausamkeiten geschehen ließen. Sie wollten es auf den Krieg ankommen lassen. Sie glaubten, ihn sogar angriffsweise führen zu können, und sie glaubten vor allem, daß Deutschland sehr bald durch so starke Angriffe Englands und Frankreichs im Westen gebunden sein würde, daß der polnische Sieg im Osten eine sichere Sache wäre. So haben sie ihre Mordbrenner und Schützen auf das deutsche Grenzgebiet losgelassen. Aus den Tagen vom 25. bis 31. August wurden nicht weniger als 44 Brandstiftungen und Feuerüberfälle gemeldet. Deutschland war genötigt, zur Abwehr zu schreiten. Nun hatten sie ihren Krieg. Aber die Geschichte

hat über ihr Tun ein hartes Urteil gefällt. Wie zu erwarten war, blieb die Hilfe von England und Frankreich aus. Es ist bekannt, daß der polnische Generalissimus schon am zweiten Tage die nicht mehr aufzuhaltende Niederlage der polnischen Armee vorausgesehen hat. Er wollte sogar Frieden schließen, aber neue Versprechungen sofortiger Hilfe aus London und Paris hielten ihn davon ab. Dieser zweite Kriegstag war auch in anderer Hinsicht für Polen ein Schicksalstag. Mussolinis Friedensvermittlungsvorschlag war von Deutschland und Frankreich angenommen: Waffenstillstand und Verhandlungen. England aber lehnte den Vorschlag ab. Solange deutsche Truppen auf polnischem Boden stünden, könne es mit dem angeblichen „Angreifer“ nicht verhandeln.

Ich bin am Ende dieses Abschnittes und möchte rückblickend und zusammenfassend nur noch eines sagen: Seit 1919 war es auch außerhalb Deutschlands und Polens unzähligen Menschen klar, daß die Versailler Regelung der Grenzen auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden konnte. Kein Geringerer als der französische Marschall Foch hat einst einem Besucher auf einer europäischen Karte den polnischen Korridor als die Stelle bezeichnet, um die der nächste Krieg ausbrechen würde. War es nicht klar, daß im Augenblick, wo wieder ein großes und starkes Deutschland erstanden war, dieses Deutschland ebenso wie jeder andere selbstbewußte Staat auf dieser Welt den Versuch machen mußte, unerträgliche Verhältnisse an seinen Grenzen zu beseitigen? Und was die Stadt Danzig anbelangt, so war und ist sie immer kerndeutsch gewesen. Jeder Deutsche lehnt Taschenspielereien mit Geschichtszahlen ab, wie sie von polnischer Seite zum Beweise eines polnischen Charakters der Stadt versucht werden. Wenn Danzig zuzeiten unter Polens Oberherrschaft gestanden hat, so hat dies ebensowenig mit dem deutschen Charakter der alten Hansestadt zu tun wie etwa die Tatsache, daß die gute mecklenburgische Stadt Wismar lange schwedischer Besitz war, und daß Schweden noch bis in unser Jahrhundert hinein gewisse Rechte daran besaß, diese Stadt zu einer schwedischen gemacht hat. Im ganzen gilt für die von Polen fälschlich beanspruchten und nun wieder deutsch gewordenen Gebiete, daß sie im Laufe früherer Jahrhunderte zwar den Besitzer gewechselt und zeit-

weise auch von Polen beherrscht wurden, aber daß sie zuerst deutsch waren, daß alle Kultur von Deutschland stammt und daß sie zuletzt ununterbrochen seit dem Verfall Polens 150 Jahre lang deutsch gewesen sind.

So ist abschließend die deutsche Auffassung hinsichtlich der Entstehung des deutsch-polnischen Krieges die: Neben Größenwahn und Verblendung der polnischen Regierung hat die Machtpolitik Englands, der Frankreich leider in völliger Abhängigkeit gefolgt ist, verschuldet, daß der deutsch-polnische bewaffnete Konflikt nicht vermieden wurde. Verhandlungen waren auf Grund der deutschen Vorschläge selbst noch unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges möglich. Ich habe Ihnen diese Vorschläge im einzelnen auseinandergesetzt, und Sie werden mit mir darin übereinstimmen, daß sie Polen nichts Wesentliches von seiner staatlichen Substanz und nichts von seiner Unabhängigkeit und Souveränität genommen, dagegen seine Sicherheit und seine Zukunft für unabsehbare Zeit garantiert hätten.

Nun ist Polen, durch eigene und durch fremde Schuld, in seiner Gestalt von 1919 für immer verschwunden — das kommende Polen wird ein Staat anderer Art sein!

II.

Wir kommen nun zu der größeren und umfassenderen Frage: Wie kam es zum Kriege zwischen Deutschland und England und damit auch zum Kriege Deutschlands mit Frankreich?

Die These Englands ist bekanntlich die: Deutschland stellt alles auf Gewalt. Es hält keinen Vertrag — der Führer hat wiederholt sein Wort gebrochen — dieses ganze System muß vernichtet werden — mit ihm ist kein friedliches Zusammenleben möglich — nur England garantiert allen Nationen und im besonderen den kleinen Staaten den Frieden, die Zivilisation, die Menschlichkeit, die Gerechtigkeit usw. — nur bei Englands Sieg ist ein neues und besseres Europa gewährleistet.

Die These Frankreichs lautet so ähnlich, und es lohnt nicht, die gelegentlich wechselnde Phraseologie, die sich mitunter von der englischen absichtlich entfernt, hier anzuführen.

Einzelne polnische Vertreter, die sich noch zum Wort melden, stellen in Anbetracht ihrer vernichtenden militärischen Nieder-

lage die Entstehung des Krieges ganz einfach auf den preußischen Militarismus ab. Er sei unter Adolf Hitler wieder auferstanden, und jetzt müsse er für immer vernichtet werden.

Welches ist die Auffassung Deutschlands? Wieder wie so oft in seiner Geschichte versucht England, zur Aufrechterhaltung seiner durch die Seemacht ermöglichten und durch den Kapitalismus ausgebauten Vorherrschaft in Europa und der Welt eine möglichst große Koalition gegen die stärkste Macht auf dem europäischen Kontinent zusammenzubringen und diese niederzukämpfen. England ist der wahre Treiber zu diesem Kriege gewesen. Der Krieg ist ein „englischer Krieg" in dem Sinne, daß England bestrebt ist, durch Niederwerfung Deutschlands erneut seine Vormachtstellung zu sichern. Für England sollte die Weltgeschichte von dem Augenblick an gefälligst stillstehen und alles so lassen wie es ist, als es selbst ein großes Weltreich begründet und hintereinander Spanier, Holländer, Franzosen, Russen und Deutsche zurückgeworfen hatte.

Ich weiß und verstehe durchaus, daß es Völker und Staaten gibt, die sich mit diesem englischen Vorherrschaftsanspruch im Laufe der Zeiten abgefunden haben und ihn als etwas Gottgewolltes oder auch Selbstverständliches betrachten. Deutschland, das große Volk in der Mitte des Kontinents, mit Ausstrahlungen nach allen Seiten, konnte sich sehr wohl mit der Existenz Englands und seines Weltreiches abfinden, nicht aber auf die Dauer dessen Anspruch auf Vorherrschaft und seine Einmischung in deutsche lebenswichtige Interessen an Deutschlands Grenzen dulden. Deutschlands Politik England gegenüber beruhte zwischen 1933 und 1939 in immer dringlicherer Formulierung auf den Gedanken: Jedem das Seine! Jedem seine eigene Lebens- und Interessensphäre! Es ist wahrhaft tragisch, daß es trotz so einfacher und gerechter Zielsetzung auf deutscher Seite kurze 20 Jahre nach der Beendigung des Weltkrieges wieder zu einem Kampf größten Maßstabes zwischen Deutschland und England gekommen ist. Gewiß sind die Menschen beider Völker durchaus verschieden. Gewiß sind verschieden auch die Regierungssysteme und vieles andere, was das Leben und die Art eines Volkes ausmacht. Trotzdem aber blieb endlich vieles übrig, das in Idealen und Auffassungen beiden Völkern gemeinsam war.

Die mittelmäßige, ja schlechte Führung des englischen Volkes hat das Gemeinsame kurzsichtig beiseitegeschoben und geglaubt, noch einmal wieder mit den aus früheren Jahrhunderten und früheren Kriegen bewährten Mitteln der Blockade, des Hungerkrieges, der Diffamierung des Gegners, der Aufhetzung der Neutralen und den anderen bekannten Kniffen, die für unsere Zeit nicht mehr erträgliche Vorherrschaft und Einmischung Englands aufrechterhalten zu können.

Um diese schwerwiegende Behauptung beweisen zu können, muß ich Sie auch jetzt wieder bitten, mit mir einen die Einzelheiten beiseitelassenden, aber das Wesentliche um so klarer erfassenden Rückblick auf die Entwicklung seit dem Weltkriege anzustellen.

Das Diktat von Versailles war ein Gemisch von Siegerwahn, Rachsucht, Ungerechtigkeit, Unvernunft und Bosheit. Es war ein schwerer Weg, den wir Deutsche von 1919 ab gehen mußten, und mehr als einmal bestand die Gefahr des völligen inneren Zusammenbruches, ja des Auseinanderfallens des Reiches. Wohin sollte dieser Weg führen? Nach dem Herzenswunsch jedes deutschen Patrioten: zu neuer Freiheit und Größe. Aus der Not und aus der Reaktion gegen das Versailler Diktat und seine verheerenden Folgen wurde der Nationalsozialismus geboren. Der 30. Januar 1933, der Tag der Machtergreifung durch ihn, bedeutete einen tiefen Einschnitt in die Nachkriegspolitik Deutschlands. Nun wurde das große Ziel der völligen Liquidation des Friedensdiktats von 1919 öffentlich aufgestellt und vom Gesamtvolk unendlich viel kräftiger als je zuvor vertreten. Deutschland sollte wieder etwas Ähnliches werden wie das Reich von 1914, aber ebenso wie sich das Volk im Innern entscheidend verändert hatte, war auch das außenpolitische Ziel ausdrücklich so gefaßt, daß die inzwischen veränderte Welt volle Berücksichtigung finden sollte. Es ist also nicht wahr, daß Deutschland von 1933 ab etwa einfach danach gestrebt hätte, die Grenzen und die Macht von 1914 wiederzuerlangen. Das neue Deutschland, das Dritte Reich, hat wiederholt in feierlicher Form auf die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen verzichtet; es hat die Versailler Grenzen zwischen sich und Frankreich als ewige Grenze anerkannt und die tausendjährige Feindschaft mit den Franzosen

auf immer begraben. Ebenso hat das neue Deutschland ausdrücklich auf die Wiederherstellung der alten Grenzen zwischen sich und Belgien verzichtet und dadurch den Abstimmungsbetrug von Eupen-Malmedy der Vergessenheit anheimgegeben. Deutschland hat ferner Dänemark gegenüber nicht Rache für die Wegnahme deutscher Gebietsteile im Norden von Schleswig genommen, sondern durch Verträge ein Verhältnis guter Nachbarschaft hergestellt. Deutschland hat weiter mit dem befreundeten Italien einen Vertrag abgeschlossen, der die freiwillige deutsche Auswanderung aus Südtirol garantiert und damit am Brenner ewige unantastbare Grenzen zwischen zwei Völkern gezogen. Was Deutschland von Polen gefordert hat, war, wie ich Ihnen vorher dargelegt habe, nichts anderes als der Versuch, auch hier eine ewige feste Grenze auf fester Grundlage zu ziehen, und wenn Polen diese Forderung angenommen hätte, dann wäre auch hier ein schmerzlicher Verzicht Deutschlands auf unzweifelhaft deutsches Gebiet für immer zugunsten des allgemeinen europäischen Friedens ausgesprochen worden. Das waren weittragende Verzichte nationalsozialistischer Außenpolitik, und sie sollten nicht allzu leicht bewertet werden. Und welches waren nun die wichtigsten Ziele dieser Politik? Das erste war die Zusammenfassung aller Deutschen im Großdeutschen Reich. Es wurde durch den Anschluß Österreichs, Sudeten - Deutschlands und Memels mit friedlichen Methoden erreicht. Das andere große Ziel war die reinliche Interessenscheidung zwischen Deutschland und England, ein gutnachbarliches Verhältnis mit Frankreich, die Freundschaft mit Italien und die deutsche maßgebliche und gleichberechtigte Beteiligung am Aufbau eines neuen Europa.

Wenn Sie sich einmal von allen Einzelheiten in den Geschehnissen der Vergangenheit frei machen und nur diese wenigen, aber klaren Zielsetzungen Deutschlands ins Auge fassen, dann werden Sie vielleicht besser als bisher verstehen, warum dieses Deutschland in den 20 Jahren seit Versailles immer unzufrieden war, warum es dauernd etwas fordern mußte gegenüber jenen Siegermächten von 1919, die behauptet hatten, nun sei die Welt reif für „Demokratie", nun sei alles wunderbar neu geordnet, nun könne das herrliche Gut des Friedens gedeihen und so, wie in den Friedensdiktaten beschlossen, müsse insbe-

sondere Europa verbleiben, wenn es die Folgen des Weltkrieges überwinden wolle. Wie haben sich dann die Sieger zu den ihnen so unerwünschten deutschen Forderungen eingestellt? Sie behaupten heute, daß ihnen Deutschland alle großen „Opfer und Konzessionen“ nur mit Undank gelohnt habe und daß Deutschland nun, unersättlich in seinem Ehrgeiz und Größenwahn, über den Undank hinaus mit schrecklichen und brutalen Mitteln des Angriffs die Freiheit und die Zivilisation Europas vernichten wolle. Ist das richtig? Ein Deutscher hört so etwas mit schmerzlichem Lächeln und mit Erstaunen darüber, daß es den Siegern von Versailles immerhin möglich war, einen Teil der Welt eine gewisse Zeit lang damit zu betrügen. Aber nach dem bekannten Worte Abraham Lincolns wird es ihnen nicht möglich sein, die ganze Welt die ganze Zeit lang zu betrügen. Die Wahrheit wird ans Licht kommen, und die Geschichte wird über den Weg Deutschlands von 1919 bis 1939 gerechter und objektiver urteilen als die heutigen Staatsmänner und Zeitungen in London und Paris.

Als Adolf Hitler zur Macht gekommen war, trieb er sofort die Entwicklung schnell vorwärts. Er verband seine Forderungen aber stets mit Angeboten, die zu einer wirklichen allgemeinen europäischen Befriedung auf der Grundlage der Gleichberechtigung führen sollten.

Darf ich Sie daran erinnern, daß die Gegenseite seit dem 30. Januar 1933 nicht auf ein einziges solches Angebot eingegangen ist! Eine Ausnahme besteht: England hat am 18. Juni 1935 das Angebot eines Flottenabkommens angenommen. Aber wissen Sie auch, warum? Weil hierin, als Teil der Gesamtpolitik Deutschlands gegenüber England, der feierliche Verzicht auf den Ausbau einer starken deutschen Flotte enthalten war! Konnte man die Vorkriegsflotte Deutschlands im Jahre 1914 in ihrer Stärke auf etwa ⅔ gegenüber der englischen Flotte beziffern, so wollte sich das neue Deutschland jetzt und für immer mit einer Stärke von ⅓ der englischen begnügen. Diesen Verzicht hat England allerdings angenommen. Aber es hat, wie wir sehen werden, den zweiten Teil dieser deutschen Politik, der nach unserer Auffassung untrennbar mit dem Flottenverzicht verbunden war, verworfen — es hat sich trotzdem in die Einzelheiten der kontinentalen Grenzregelung Deutschlands

eingemischt, ja noch mehr, es ist schließlich aus egoistischen Machtinteressen zum Kriege gegen ein Deutschland geschritten, das ihm selbst keinerlei Nachteil verursacht hatte und immer wieder bereit war, sein Reich, seine Machtstellung und Mission in der Welt feierlich anzuerkennen und zu garantieren.

Bitte, halten Sie also fest: Die deutschen Angebote in der Richtung auf Berücksichtigung deutscher lebenswichtiger Forderungen im Verein mit allgemeiner europäischer Befriedung wurden abgelehnt. Jetzt gab es nur noch eine andere Methode, um gefährliche Spannungen zu beseitigen und dem Frieden zu dienen. Das war die berühmte Methode der „friedlichen Revision", wie sie u. a. in der Mantelnote zum Friedensdiktat von Versailles und im Artikel 19 des Völkerbundpakts ausdrücklich vorgesehen und verheißen war. Wie die Machtverhältnisse lagen, konnte und mußte sie von den Siegermächten von 1919 rechtzeitig zur Anwendung gebracht werden, die ja einst Deutschland gerade unter Hinweis auf diese Möglichkeit zur Annahme des Diktats genötigt hatten. Wie steht es damit?

Wir sind hier wieder an einem ungeheuer wichtigen Punkt für die richtige Beurteilung der Entstehung des Krieges angekommen. So wollen wir kurze Zeit dabei verweilen.

Ich weiß, ich befinde mich in einem Lande, das bei aller Hochschätzung seines Beitrages zum europäischen Kulturkreis doch im Vergleich zu den Großmächten als kleinere Macht angesprochen werden muß. Kann sich eine solche ganz von der Verantwortung für die Ereignisse des Herbstes 1939 freisprechen? Ich glaube: nicht. Wahrscheinlich täusche ich mich nicht in der Annahme, daß hier in Schweden ebenso wie in vielen anderen am Kriege unbeteiligten Ländern oft ein erhebliches Maß von Kritik an der Politik fast aller Großmächte laut wird. Das ist insofern berechtigt, als ja klar vor aller Augen liegt, daß vor allem die für den Frieden von 1919 in erster Linie verantwortlichen Westmächte England und Frankreich — wie sie übrigens selbst zugeben — in der Nachkriegszeit eine ununterbrochene Kette von Fehlern und Unterlassungen begangen und Europa nicht den wirklichen Frieden gebracht haben. Aber ich möchte es doch als Deutscher einmal freimütig aussprechen, daß nach unserer Auffassung auch die mittleren und kleineren Staaten

ein erhebliches Maß von Verantwortung für den heutigen Zustand Europas tragen. Ich habe für meine Person seit 1919 fast ununterbrochen die deutsche Außenpolitik aus nächster Nähe und teilweise selbst mithandelnd beobachten können. Ich war auch während der Jahre 1926 bis 1933 als deutscher Delegierter in Genf. Warum haben die mittleren und kleineren Mächte eigentlich dort ebenfalls so versagt? Nach deutscher Auffassung war das keine Frage der Macht, sondern in erster Linie eine Frage des guten Willens und vielleicht eines gewissen Mutes und eines stärkeren und lebendigeren Gefühls dafür, daß das Schicksal einige Zeit lang dort in Genf auch für die kleineren Staaten eine große Chance offenhielt. Nach dem Willen der Sieger sollten ja von 1919 ab gerade die kleineren Staaten besondere Berücksichtigung finden und an den großen Fragen des Friedens mitarbeiten. Haben sie diese Chance benutzt? Auch nach persönlicher 7jähriger Beobachtung muß ich antworten: In keiner Weise! Sie haben, um ein Bismarcksches Zitat anzuwenden, wohl das Vorbeirauschen der Gottheit gehört, aber sie waren nicht imstande, den Zipfel ihres Gewandes zu erfassen. Ich glaube, daß die mittleren und kleinen Staaten in Europa damit eine Gelegenheit verpaßt haben, die nie wiederkehren wird. Die Entwicklung unserer modernen Zeit geht nun wieder auf die klare Herausarbeitung der entscheidenden Verantwortung der Großmächte, der Schaffung von großen Lebens- und Interessensphären, von großen Wirtschaftsräumen. Die Entwicklung hätte bei energischerer Arbeit der kleineren Staaten für den Frieden vielleicht auch anders laufen können. In Genf hat Deutschland jahrelang zähe und geduldig versucht, Wirklichkeitssinn, Gerechtigkeit und Ehrlichkeit zu finden. Als es sah, daß alles umsonst war, hat Deutschland den Mut gehabt, Genf zu verlassen. Noch im März 1936 war es indes unter der Voraussetzung der Annahme seines Friedensplanes bereit, seine Mitarbeit in Genf, nunmehr als gleichberechtigte Großmacht, wieder aufzunehmen. Aber auch dann noch waren die Siegermächte weder innerhalb noch außerhalb von Genf bereit, Deutschland die vollen Rechte einer Großmacht freiwillig einzuräumen. Sie blieben ihrer jahrelangen Gewohnheit treu. Weder auf dem Gebiet des Schutzes der deutschen Minderheiten, noch in bezug auf Revision unhalt-

barer territorialer Grenzen, noch zuletzt in bezug auf einen Ausgleich der Rüstungen haben sie die Zeichen der Zeit erkannt. Sie lehnten ab, sie verschleppten, sie zögerten, sie machten Worte, wo doch endlich Taten geschehen und die Bestimmungen von Versailles einer neuen Ordnung weichen mußten.

Das sind alles so klare tatsächliche Vorgänge gewesen, daß ein Deutscher nur darüber staunen kann, daß aus dem Kreise seiner Gegner auch heute noch gewagt wird, Deutschland die Schuld an der allgemeinen Aufrüstung, an der ihr folgenden Unruhe und Spannung und schließlich an diesem Kriege zuzuschieben. Hier ist nicht der Ort, das trübe Kapitel der Abrüstungsverhandlungen in Genf zur Erörterung zu stellen. Aber lassen Sie mich Ihnen nur eine Tatsache ins Gedächtnis zurückrufen: Im Frühjahr 1933 war nach langjährigen Beratungen ein Kompromiß auf Grund des Planes des damaligen englischen Ministerpräsidenten MacDonald zustande gekommen, und einstimmig hatten alle 50 Staaten dieses Kompromiß als „Grundlage für eine internationale Abrüstungskonvention" angenommen. Der leitende Gedanke war: Allmähliche Abschaffung der schweren Waffen bei den einstigen Siegern und gleichzeitige allmähliche Angleichung des deutschen Rüstungsstandes an den der anderen Großmächte. Als nach einer Sommerpause die Verhandlungen darüber im Herbst 1933 wieder aufgenommen werden sollten, erklärten plötzlich Engländer und Franzosen, es bestehe in Europa infolge der Schaffung eines unter nationalsozialistischer Führung straff zusammengefaßten deutschen Reiches eine zu große „Unruhe"; sie könnten daher leider noch nicht mit der Herabsetzung ihrer Rüstungen beginnen und Deutschland müsse noch einige Jahre unter voller Aufrechterhaltung der Abrüstung von Versailles eine „Probezeit" durchmachen — dann erst könne vielleicht die allgemeine Herabsetzung der Rüstungen beginnen.

Das sind Tatsachen, das ist keine Propaganda, das ist die traurige Geschichte des Bruches einer feierlichen Verpflichtung, die die Sieger von 1919 zur Begründung der zwangsweisen deutschen Abrüstung auf sich genommen hatten und von deren Einlösung schlechterdings alles für die Art der künftigen europäischen Entwicklung abhing.

Winston Churchill, der eigenartige heutige „starke Mann" Englands, schrieb zu Beginn der Abrüstungsverhandlungen im Jahre 1932: Die Abrüstungsverhandlungen sind Unsinn; erst müssen die notwendigen territorialen Revisionen durchgeführt und die wichtigsten Wünsche der Völker befriedigt werden, dann könne man möglicherweise stufenweise die Rüstungen herabsetzen. Vielleicht hatte er hierin ausnahmsweise einmal recht — aber wo blieben die territorialen Revisionen für Deutschland? Churchill selbst war wenig konsequent. Er war selbst der Typ des verständnislosen Deutschenhassers von ehedem und hat sich stets gegen irgendwelche Konzessionen ausgesprochen. Nein, niemand unter den verantwortlichen Staatsmännern der beiden Westmächte hat in all diesen Jahren einen wirklich ernsthaften Versuch gemacht, sich in die Lage Deutschlands zu versetzen und ihm durch die Tat zu zeigen, daß andere Staaten Verständnis für die neue Zeit und dafür hatten, daß ein wiedererstarktes Deutschland anders behandelt werden und einen anderen Platz unter den Nationen der Welt einnehmen müsse als das zusammengebrochene Deutschland von 1918/19. Wenn gelegentlich Politiker sich den Anschein gaben, als ob sie es täten, dann zeigte sich schnell, daß es Worte, leere Worte waren, denen keine entsprechende Tat folgte. Die Wahrheit ist die, daß, wenn Deutschland überhaupt jemals wieder ein freies unabhängiges Volk werden wollte, es vom Schicksal geradezu gezwungen war, den Weg der Selbsthilfe zu beschreiten. Unsere Gegner nennen das in ihrer Propaganda heute dreisterweise „Wortbruch" und „Verletzung feierlicher Verpflichtungen". Sie preisen wieder laut den angeblich von Deutschland verworfenen Verhandlungsweg und verschweigen, daß sie die deutschen Verhandlungsvorschläge jedesmal abgelehnt haben. Was sie selbst unter Verhandlungen verstanden, das zeigt die Geschichte der Nachkriegszeit zur Genüge. Das Ziel solcher Verhandlungen ist stets das gewesen, neue Vorsorge dafür zu treffen, daß Deutschland keine unabhängige starke Großmacht würde, sondern durch neue Pakte, durch ein „General Settlement", oder wie sie es sonst nannten, in seiner Bewegungsfreiheit für immer eingeschränkt und durch Bündnisverträge seiner Gegner von allen Seiten her bedroht bliebe. So weisen wir Deutsche insbesondere den von der

gegnerischen Kriegspropaganda gegen den Führer gerichteten Vorwurf des Wortbruches entrüstet zurück. In ständiger Fühlung mit dem eigenen deutschen Volk waren die Angebote Adolf Hitlers stets auf eine ganze bestimmte politische Lage abgestellt und von ganz bestimmten Voraussetzungen abhängig gemacht. Seine Lippen waren niemals „versiegelt" wie jene des einstmaligen müden englischen Ministerpräsidenten Baldwin im Jahre 1936, der seinem eigenen Volke nicht zu sagen wagte, daß er selbst seinem Außenminister Hoare die Instruktionen über die Teilung Abessiniens gegeben hatte, derentwegen eine falsch unterrichtete öffentliche Meinung den Außenminister zum Rücktritt zwang. In Wahrheit haben die großzügigen Angebote und maßvollen Forderungen des Führers ihre Gültigkeit verloren, weil England und Frankreich jedesmal die ihnen gebotene Gelegenheit vorübergehen ließen. So ging die Entwicklung über sie hinweg. Niemand konnte erwarten, daß die Angebote trotzdem und trotz veränderter Sachlage unverändert aufrechterhalten blieben.

Wie aber können unsere Gegner überhaupt wagen, den Vorwurf des Wortbruchs gegen den deutschen Führer über die Welt zu verbreiten, nachdem ihre Politik gegenüber Deutschland von einem Bruch feierlicher Verpflichtungen zum anderen geführt hat. Diese Politik begann damit, daß der Vorfriedensvertrag, die vereinbarte Grundlage für den Friedensvertrag, verlassen wurde. Wie vorher dargelegt, war von der zugesagten Revision niemals die Rede. Welch feierliche Verpflichtungen wurden einst für die Abrüstung übernommen und wie kläglich hat durch den Bruch dieser Verpflichtungen die Abrüstungskonferenz geendet. Nicht wie Schachfiguren sollten nach dem bekannten Worte des Präsidenten Wilson die Menschen hin und her geschoben werden. Wie aber hat man das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung in den Gebieten gewahrt, die man Deutschland abzunehmen für gut befand, und wie ist die feierliche Zusage des Schutzes der deutschen Minderheiten gehalten worden. Wie laut tönten die Phrasen von einem neuen Geist europäischer Zusammenarbeit, der aus dem Locarnovertrag von 1926 entstehen sollte. Was aber geschah? Noch vier Jahre blieben die französischen Truppen am deutschen Rhein, und weitere sechs Jahre später glaubte Frankreich es wagen zu können, mit dem da-

mals Deutschland feindlich gegenüberstehenden Sowjetrußland ein ausgesprochenes Militärbündnis gegen den Vertragspartner von Locarno zu schließen. Und wenn Sie kürzlich etwa die Debatten im amerikanischen Kongreß über die Aufhebung des Verbotes der Waffenlieferung an Kriegführende verfolgt haben, so haben Sie gesehen, daß derselbe Roosevelt, der noch vor wenigen Jahren, 1935, den finanziellen Profit aus Waffenverkäufen als gefährliches Narrengold für Amerika bezeichnete, heute die Waffenlieferung an Deutschlands Gegner als die für Amerika beste „Friedensmethode“ betrachtet wissen will. Ist angesichts solcher Vorgänge Adolf Hitler zu tadeln, wenn er sein Ziel der Aufrichtung Deutschlands mit immer neuen, dem Wechsel der Umstände sich anpassenden Vorschlägen verfolgte, und als diese abgelehnt wurden und jede Revisionsmöglichkeit bestehender Zustände durch den Willen der Sieger von 1919 verhindert wurde, den Mut, den großen Mut zum selbständigen Handeln gefaßt hat, einem Handeln, das immer im Endergebnis der Befriedung Europas dienen sollte? Sie können sich denken, wie die deutsche Antwort auf diese Frage lautet.

Aber lassen wir einmal diese für jeden Deutschen selbstverständlichen Dinge beiseite. Halten wir uns lediglich an die Meilensteine der Entwicklung in den letzten Jahren, so können wir folgendes feststellen: Frankreich und England haben sich von der Machtergreifung des Nationalsozialismus an innerhalb der Regierungen und in Beratung mit den militärischen Führern immer wieder die Frage vorgelegt: Was tun wir gegenüber diesem sichtlich wieder erstarkenden deutschen Reich? Sollen wir Konzessionen machen und dadurch versuchen, Deutschland allmählich für eine gemeinsame Friedenspolitik zu gewinnen? Oder aber sollen wir einen Präventivkrieg führen, um Deutschland rechtzeitig wieder für lange Zeit niederzudrücken? Genügt eine schnelle Wiederbesetzung des Rheinlandes, um ein Pfand dafür in die Hand zu bekommen, daß Deutschland sich ruhig verhält? Können wir den Krieg dadurch vermeiden, daß wir das System unserer Bündnisse weiter ausbauen, so daß Deutschland nicht wagen kann, gegen eine überlegene Koalition seine Politik der Liquidation des Versailler Diktats fortzusetzen? Oder brauchen wir vielleicht nichts von alledem zu tun, weil,

bestem Vernehmen nach, Deutschland finanziell und wirtschaftlich in kürzester Zeit zusammenbrechen wird?

Während die Siegermächte nach außen hin ihre friedlichen Absichten beteuerten und Deutschland für alle Krisen und Spannungen verantwortlich machten, haben sie, abgesehen von der unablässigen Verstärkung ihrer gewaltigen Rüstungen, Tag und Nacht darüber nachgesonnen, mit welchen Mitteln sie das erstarkende Deutschland niederhalten könnten. Im Mai 1933 wollte Frankreich den Präventivkrieg — zum mindesten die gewaltsame Rheinlandbesetzung —, aber England war nicht bereit; MacDonald versuchte damals, auf dem Wege eines Paktes den aktuellen Problemen auszuweichen. Im April 1934 beendete die französische Politik durch ein schroffes Nein die Bemühungen um ein Rüstungskompromiß und leitete eine neue Einkreisung Deutschlands in Zentral- und Südosteuropa ein. Im Jahre 1935 unterließ es England, die notwendigen praktischen Folgerungen aus dem deutschen Flottenverzicht zu ziehen, ermutigte die französische Politik zu einem Militärbündnis mit Rußland und versuchte, Italien in der sogenannten „Stresafront" gegen Deutschland, d. h., genauer gesagt, gegen jede Entwicklung in Österreich, die zum Anschluß an Deutschland führen könnte, zu gewinnen. Im März 1936, als Deutschland das Rheinland besetzt hatte, war Frankreich wiederum für den Präventivkrieg, ebenso dachten einflußreiche Kreise in der englischen Regierung, doch die Krone und die öffentliche Meinung Englands waren dagegen. Als dann der englische Außenminister, Sir Samuel Hoare, mit dem französischen Minister Laval das Kompromiß über die Teilung Abessiniens zwischen dem Negus und Italien schloß, war das hinterhältige Ziel Englands kein anderes, als dadurch Italien in die Front gegen Deutschland zurückzuführen. Als im März 1938 der deutsche Führer, nachdem die Lage in Österreich unhaltbar geworden war, durch schnellstes Handeln den Anschluß Österreichs unter dem Jubel des Volkes vollzog und das über die englische Sanktionspolitik empörte Italien sich an Deutschlands Seite stellte, trauerten London und Paris darüber, daß sie nun nicht mehr ein deutsches Land gegen das andere ausspielen konnten. Als im Frühjahr und im Sommer 1938 dann als natürliche Folge des Anschlusses von Österreich auch die sudeten-

deutsche Frage akut wurde, versuchten die Westmächte zunächst am 21. Mai, Deutschland einzuschüchtern. Als dies nicht gelang, Deutschland vielmehr den Westwall errichtete und sich militärisch für alle Möglichkeiten rüstete, war es Frankreich, das vor der letzten Entscheidung zurückschreckte, weil die russische Hilfe ausblieb und weil es, angesichts der nicht vollendeten englischen Rüstung, fürchtete, in einem neuen Kriege gegen Deutschland die Hauptlast selbst tragen zu müssen. So ist damals das Münchener Abkommen geschlossen worden. Es war ein Augenblick der Selbstbesinnung und enthielt noch einmal die große Chance für freiwillige Aufnahme Deutschlands als eines vollberechtigten Teilnehmers in den Kreis der großen Weltmächte. Wie aber ist auch diese Chance fehlgeschlagen? Kaum war die Tinte unter den Verträgen getrocknet, da gab England, das seit 1936 sichtlich die Führung innerhalb der Koalition der Westmächte ergriffen hatte, das Signal zu beschleunigter, unerhörter weiterer Aufrüstung, ja geradezu zur Vorbereitung des Krieges gegen Deutschland. Und dann kam es zu jenem Ereignis am 15. März 1939, das im deutschfeindlichen Ausland so viel kritisiert worden ist und das besonders manche Engländer, auch der letzte britische Botschafter in Berlin, als den eigentlichen Grund der Entstehung des jetzigen Krieges bezeichnet haben, ich spreche von dem deutschen Einmarsch in Prag und der Errichtung des Protektorats Böhmen-Mähren. Erlauben Sie mir, hierüber noch einiges auszuführen:

Unter dem unmittelbaren Eindruck des deutschen Einmarsches in Prag gab England, wie wir vorher gesehen haben, seine Garantie an Polen, wohlgemerkt, nur gegen Deutschland, nicht gegen Rußland — und heute fordern seine Staatsmänner bekanntlich Wiederherstellung eines Tschechen-Staates zur Wiedergutmachung des am 15. März angeblich begangenen Unrechts.

Warum besetzten deutsche Truppen damals die tschechische Hauptstadt? Was ging voraus? Wir müssen auch hier, wie im parallelen polnischen Fall, einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung seit 1919 werfen.

Nach einem Worte des im tschechoslowakischen Staate von 1919 bis 1938 ausschlaggebenden Mannes, der heute durch den Rundfunk ohnmächtig von draußen her seine früheren Lands-

leute gegen Deutschland aufzuwiegeln sucht, des Herrn Benesch, sollte die Tschechoslowakei von ihrer Gründung ab „Todfeind der Deutschen“ sein. Das war die Mission, mit der sie ins Leben trat, und das war auch der Grund, weshalb sie wieder von der Landkarte verschwunden ist. Überlegen Sie doch selbst einmal, ob ein Deutscher nicht recht hat, wenn er hinsichtlich der kleineren Staaten folgende Tatsache feststellt: Vergeblich hat eine gewisse Doktrin der neueren Zeit und dann insbesondere der Völkerbund die Behauptung aufgestellt, daß kleinere Staaten genau dieselben Funktionen im staatlichen Zusammenleben ausübten wie die großen. Nein, bei aller Hochachtung vor den vielseitigen kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen vieler kleiner Staaten müssen sie in der modernen Entwicklung die gesteigerte Verantwortung der Großmächte für die Gestaltung der Geschicke unseres Kontinents anerkennen. Wir leben in einer Zeit, in der die Wünsche der Massen auf die Gestaltung des Systems und des Schicksals der Völker maßgebenden Einfluß genommen haben. Jedenfalls ist das in den meisten Ländern Europas der Fall, und wo unter dem Schlagwort der Demokratie in Wirklichkeit noch eine Oberschicht, gestützt auf Tradition oder Besitz, die Geschicke ihres Volkes lenkt, da wird die Entwicklung der Zukunft sicherlich eine Änderung herbeiführen. So liegt es auf der Hand, daß insbesondere die Lebensnotwendigkeiten eines auf solchen Grundlagen regierten Volkes, wie des deutschen 82-Millionen-Volkes, in elementarem Drang sich Geltung verschaffen und daß die Nachbarstaaten dieses großen kontinentalen Reiches zwangsläufig durch die lebendige Entwicklung vor die Frage gestellt werden: Sollen wir mit Deutschland freundschaftlich zusammenarbeiten oder sollen wir uns zum Instrument von Großmächten hergeben, die Deutschlands Gegner sind? Vor dieser Wahl hat auch die Tschechoslowakei gestanden. Sie hat aus der Geschichte ihrer Entstehung, aus den trüben Tagen der Pariser Friedensmacherei, von der ich vorher berichtete, die Feindschaft gegen Deutschland als Leitmotiv übernommen. Sie wurde in engster Verbindung mit Frankreich eine waffenstarrende militärische Bastion, die mitten in deutsches Land hineinragte, als ein Stützpunkt deutschfeindlicher Kräfte für Unternehmungen gegen das Reich. Französische Minister hielten öffentliche Reden

und schrieben Artikel über die Möglichkeiten, von der Tschechoslowakei aus mit der Luftwaffe in kürzester Zeit die Zentren deutscher Industrie zu vernichten. So richte ich wieder die Frage an Sie, ob es nicht vom deutschen Standpunkt aus verständlich war, im Rahmen der Liquidation des Versailler Vertrages eine grundsätzliche Umstellung in dem Verhältnis der Tschechoslowakei zu Deutschland anzustreben. Eine Notwendigkeit lag dafür um so mehr vor, als die Tschechoslowakei ja nicht weniger als 3½ Millionen deutscher Menschen neben 7½ Millionen Tschechen und 3 bis 4 Millionen anderer Minderheiten zählte. Als der Anschluß Österreichs ans Reich vollzogen war, kam ganz von selbst die Frage nach dem künftigen Schicksal der Sudetendeutschen in den Bereich der praktischen Politik des Tages. Ich übergehe hier die einzelnen Etappen des Frühjahrs und Sommers 1938 und spreche noch einmal von dem Abkommen von München vom 29. September 1938 als von dem aufrichtigen Versuch Deutschlands, neben der sudetendeutschen Frage auch das Problem des tschechoslowakischen Reststaates so zwischen Deutschland und den Westmächten zu erörtern und zu regeln, daß eine Periode europäischer Zusammenarbeit beginnen konnte. Blicken wir heute auf jenes unter dem Jubel der beteiligten Völker in Deutschland, Frankreich und England und unter der Zustimmung eines großen Teils der übrigen Welt geschlossene Abkommen, dann erkennen wir deutlich, daß es nur unter drei Voraussetzungen die großen Hoffnungen verwirklichen konnte, die man daran geknüpft hatte. Diese drei Voraussetzungen waren:

England und Frankreich hatten das vorwiegend deutsche Interesse an der Regelung dieser mitteleuropäischen Frage anerkennen müssen — also mußten sie auch in Zukunft bei weiteren ergänzenden Regelungen Deutschland eine Vorzugsstellung einräumen.

Die zweite Voraussetzung war ein loyales Eingehen der neuen Tschechoslowakei auf die Zusammenarbeit mit Großdeutschland, also eine völlige Umkehr des deutschfeindlichen Kurses der Nachkriegszeit.

Die dritte und entscheidendste Voraussetzung aber war doch wohl die, daß die restliche Tschechoslowakei selbst als Natio-

nalitätenstaat zwischen Tschechen, Slowaken und Karpato-Ukrainern zusammenhielt.

Ich stelle fest: Alle drei Voraussetzungen sind unerfüllt geblieben.

Zunächst das Verhalten der Westmächte. Nach der Septemberkrise 1938 war weithin in der französischen öffentlichen Meinung eine Ernüchterung eingetreten. Maßgebliche Politiker schrieben Artikel, in denen nicht mehr und nicht weniger als eine Revision der bisherigen unklaren Pakt- und Verpflichtungspolitik Frankreichs gefordert wurde. Der französische Ministerpräsident wies auf der Tagung seiner Partei auf die großen Aufgaben hin, die Frankreich in seinem über die Erdteile verstreuten, teilweise noch sehr unerschlossenen Kolonialreiche zu erfüllen habe. Im Dezember 1938 erschien der deutsche Außenminister in Paris und unterzeichnete ein Abkommen, das noch einmal zusammenfaßte, was der Sinn der Politik Adolf Hitlers gegenüber Frankreich seit 1933 gewesen ist: Der tausendjährige Kampf um den Rhein ist beendet — Deutschland verzichtet für immer auf Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens — Deutschland und Frankreich wollen gute Nachbarn sein und für den Frieden zusammenarbeiten. Ganz überwiegend stimmte damals die öffentliche Meinung Frankreichs diesem Abkommen zu. Es schien tatsächlich eine Zeitlang, als ob Frankreich endlich begriffen hätte, daß seine Sicherheit und seine Zukunft unendlich viel besser in einer Zusammenarbeit mit dem nun einmal von der Vorsehung doppelt so zahlreich geschaffenen deutschen Volke gewahrt sei als in allen möglichen Bündnis- und Paktsystemen gegen dieses Deutschland und daß der Geist Richelieus am besten endgültig in seiner Gruft begraben bliebe. Als der deutsch-französische Friedenspakt am 6. Dezember 1938 in Paris unterzeichnet wurde, ließ der deutsche Außenminister seinem französischen Verhandlungspartner keinen Zweifel darüber, daß dieses Abkommen nur dann zur vollen Auswirkung kommen würde, wenn sich Frankreich im Geiste einer neuen Politik an der weiteren Ordnung der tschechoslowakischen Dinge desinteressiere. Ich selbst hielt auf Einladung des deutsch-französischen Komitees im Februar 1939 in Lyon eine von der Öffentlichkeit im allgemeinen gut aufgenommene Rede, in der ich das Heraushalten Frankreichs

aus der weiteren Entwicklung in Mittel- und Osteuropa als die wichtigste Bedingung einer dauernden deutsch-französischen Verständigung bezeichnete. Das waren deutliche Kennzeichen der Stimmung Frankreichs bis zum 15. März. Es war dieselbe Regung der Vernunft, die sich noch — wenn auch abgeschwächt — bis einen Tag vor der Kriegserklärung an Deutschland erhalten hat und dazu führte, daß am 2. September Mussolinis Vermittlung von der französischen Regierung angenommen wurde, und die dann doch durch den harten englischen Kriegswillen überrannt worden ist.

Englischer Kriegswille! Jawohl, es ist unsere feste Überzeugung, daß England nunmehr im Frühling 1939 entschlossen war, den Prozeß der Liquidation des Versailler Diktats nötigenfalls mit Gewalt aufzuhalten. Am 15. März, bei der Regelung der Tschechenfrage, war die Kriegspartei noch nicht so weit, die öffentliche Meinung zum Losschlagen zu überreden. Noch wirkte sich die Erinnerung an Chamberlains Rückkehr aus München, an sein Versprechen eines „dauernden Friedens in unserer Zeit“ aus, und im englischen Volk bestand auch ein gesunder Instinkt dafür, daß Tschechen und Polen England eigentlich sehr wenig angehen und daß seine wahren Interessen in der Erhaltung und dem Ausbau des Weltreiches liegen. Aber bald, leider sehr bald, setzte der Umschwung in England ein. Erst fing die Opposition an zu zetern, bald hatte sie über die liberale Intelligenz und die Tagespresse hinweg den Großteil der öffentlichen Meinung für sich gewonnen. Man glaubte sich auf einmal durch Deutschland gedemütigt. Man stellte den Satz auf, daß England über die Tschechoslowakei mit zu verfügen hätte und daß in Zukunft dort nichts mehr ohne vorherige Erlaubnis Englands geschehen dürfe. Vor allem aber sollten die englischen Rüstungen nunmehr so schnell und so außerordentlich vermehrt werden, daß Deutschland hinfort sich hüten würde, gegen Englands Willen irgendein Problem an seinen Grenzen aus eigener Kraft zu regeln. Mit einem Wort: Die Kriegstreiber bekamen die Oberhand und die öffentliche Meinung nahm ganz überwiegend gegen Deutschland Stellung. So war im März die erste und wichtigste Voraussetzung einer dauernden Friedensregelung durch München hinfällig geworden.

Wie war es mit der zweiten, der loyalen Einreihung der Tschechoslowakei in die Zusammenarbeit mit Deutschland? Es mag einzelne der führenden Leute gegeben haben, die ehrlich bestrebt gewesen sind, dieser Forderung des Tages gerecht zu werden. Im ganzen aber hat der tschechoslowakische Reststaat zwischen dem 1. Oktober 1938 und dem 14. März 1939 eine so zweifelhafte und für Deutschland unerträgliche, ja im Hinblick auf die Gefahr eines europäischen Krieges militärisch bedrohliche Haltung eingenommen, daß es hundert und mehr Argumente dafür gibt, weshalb Deutschland zur Wahrung und Sicherung seiner eigenen Stellung für den Fall des klar von England ins Auge gefaßten europäischen Krieges zum rechtzeitigen Handeln, zur rechtzeitigen Herstellung einer Dauerregelung in diesem Gebiet des deutschen Lebensraumes gezwungen war.

Und schließlich die dritte Voraussetzung: Zusammenhalten des tschechoslowakischen Nationalitätenstaates. Was auch immer die deutschfeindliche Propaganda von angeblicher deutscher Einwirkung auf Slowaken und Karpato-Ukrainer in jener Zeit sagen mag, die Tatsachen waren ganz andere. Tatsächlich war längst die Gegnerschaft zwischen Tschechen und Slowaken tief und unüberbrückbar geworden. Am 14. März fiel durch die Lossage der Slowakei von dem tschechischen Teil des bisherigen Staates dieser selbst auseinander. Am 15. März, also nach der Unterzeichnung des deutsch-tschechischen Abkommens, erklärte Chamberlain im Unterhaus, daß die englische Garantie für die Tschechoslowakei nicht zur Anwendung kommen könne, weil „der Staat, dessen Grenzen wir zu garantieren beabsichtigten, von innen her zerbrach und so sein Ende fand“. Vergessen wir auch nicht, daß zur selben Zeit Ungarn, zu dem die Karpato-Ukraine früher gehört hatte, seinerseits ein Ultimatum an die dortige Regierung gerichtet hatte, und daß überhaupt auf dem Gebiete der restlichen Tschechoslowakei ein solches Chaos herrschte, daß diejenige Großmacht, die sie auf zwei Drittel der Grenzen umschloß, nicht nur das Recht, sondern nach ewigem geschichtlichen Gesetz auch die Pflicht hatte, hier eine dauernde Ordnung einzurichten.

Ein Wort noch zu einem Sondervorwurf, der in diesem Zusammenhang gegen Deutschland erhoben wird: Es ist der Vorwurf, das in München gegebene Versprechen gebrochen zu haben,

wonach Deutschland die Tschechoslowakei nach Regelung der Frage der polnischen und ungarischen Minderheiten zusammen mit Italien, England und Frankreich „garantieren“ sollte. Wie steht es damit?

England und Frankreich haben in den Wochen und Monaten nach dem Münchener Abkommen die Garantie zwar gelegentlich im diplomatischen Verkehr erwähnt, sie jedoch keineswegs zum Gegenstand einer nachdrücklichen politischen Forderung gemacht. Warum? Weil der Zustand des tschechoslowakischen Staates auch Engländern und Franzosen damals keineswegs als ein solcher erschien, der zur Verwirklichung einer Großmächte-Garantie einlud. Zweitens hat ja in der Tat nicht, wie im Münchener Abkommen auch vorgesehen war, eine Konsultation der Großmächte, sondern der Schiedsspruch Deutschlands und Italiens die ausstehenden Grenzregelungen zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei vollzogen. Der Schiedsspruch war von den Beteiligten selbst erbeten worden, und England sowohl wie Frankreich haben von diesem Schiedsspruch stillschweigend im Spätherbst 1938 Kenntnis genommen und dadurch nach jedem diplomatischen Brauch zugegeben, daß ihr eventuelles Konsultationsrecht von München, angesichts einer ganz anderen Entwicklung, nicht mehr bestand. Da schließlich am 14. März der tschechoslowakische Staat von innen heraus in drei Teile zerfiel, somit als Vertragspartner nicht mehr existierte, konnte von einer Garantierung der Grenzen dieses Staates selbstverständlich keine Rede mehr sein.

So darf ich hier als Deutscher mit allem Nachdruck feststellen, daß der schwere Vorwurf des englischen Ministerpräsidenten Chamberlain, daß Adolf Hitler ihm gegenüber sein „Wort gebrochen“ habe, jeder tatsächlichen Grundlage entbehrt. Und soweit nun zu einem solchen Vorwurf etwa die deutsch-englische Friedens- und Freundschaftserklärung vom 30. September herangezogen wird, stellt der Deutsche fest, daß sich dieses Abkommen klar und unmißverständlich nur auf solche Angelegenheiten bezogen hat und beziehen konnte, die es zwischen Deutschland und England zu regeln geben würde. Niemals konnte Deutschland in diesem Abkommen etwa die Verpflichtung erblicken, jede Angelegenheit in seiner Lebenssphäre vor ihrer Regelung mit Eng-

land besprechen zu müssen, denn sonst wäre ja auch England gehalten gewesen, mit Deutschland über Irland, über Ägypten, Palästina und so weiter Rat zu pflegen. Nein, auch hier kann die deutschfeindliche Propaganda einer richtigen sinngemäßen Auslegung der Vereinbarung nicht standhalten. Das deutsch-englische Sonderabkommen vom 30. September hatte nur dann einen Sinn, wenn, wie dies in der Zielrichtung der deutschen Politik England gegenüber lag, jeder der beiden Partner, die kontinentale Großmacht und die maritime Weltmacht, die Stellung, die Lebens- und Interessensphäre des anderen achtete und auf Einmischungen verzichtete. Deutschland hat diesen Pakt gehalten; England hat ihn bewußt gebrochen. Es versucht auch heute noch, gerade die Regelung der tschechoslowakischen Fragen, d. h. die Errichtung des Protektorats Böhmen-Mähren, neben der angeblichen Aggression gegen Polen, als frevelhafte Verfehlung Deutschlands vor der Welt hinzustellen. Das ist eine völlige Verdrehung der Tatsachen. Hierzu noch eins: Der noch heute amtierende Präsident Hacha war am 14. März aus eigener Verantwortung und eigener Erkenntnis der unhaltbaren Zustände in seinem Lande zu dem Entschluß gelangt, nach Berlin zu fahren und ein enges Verhältnis seines Landes zu Deutschland herzustellen. Das war gewiß ein schwerer Entschluß, aber es war ein solcher, wie er in der Geschichte zuweilen von einem verantwortlichen Staatsmann aus realpolitischer Einsicht gefordert wird. Mußte denn notwendigerweise diese Einsicht führender Tschechen am 14. März durch deutsche Drohung und Vergewaltigung entstanden sein? Ist es nicht vielmehr so, daß das Verhältnis zwischen 78 Millionen Deutschen und 7½ Millionen innerhalb des deutschen Lebensraumes wohnender Tschechen überhaupt keinen Vergleich mit anderen Fällen zuläßt und daß nichts Ähnliches sonst in Europa und der Welt besteht? Hier sind Volkstum und Wirtschaft so unlösbar verflochten, sie überschneiden sich in einem solchen Grade, daß nach vorübergehenden künstlich und mit brutaler Gewalt aufrechterhaltenen Zuständen schließlich nur der in diesem europäischen Raum an der ersten Stelle stehende Faktor eine auf Recht und Billigkeit aufgebaute friedliche Zukunft sichern konnte — und dieser Faktor war das großdeutsche Reich!

Der Engländer findet es durchaus natürlich, daß sein Land Gibraltar, Malta, Palästina, Ägypten, Indien mit seinen 350 Millionen Menschen und die endlose Reihe der Besitzungen jenseits des Meeres beherrscht. Diese Kolonien und Stützpunkte, die Ausweitung Englands zu einem Weltreich, all das ist lebenswichtig für das Mutterland, und die Beherrschung auch der Verbindungswege über die Weiten des Ozeans wird als untrennbar von der englischen geschichtlichen Mission betrachtet. Im Jahre 1919 hat England es für richtig gehalten, durch das Versailler Diktat 7,5 Millionen Nicht-Tschechen, darunter 3½ Millionen Deutsche, der Herrschaft von 7,5 Millionen Tschechen zu unterwerfen. Und England entrüstet sich heute darüber, daß 80 Millionen Deutsche nach Zerfall der künstlichen Versailler Ordnung für 7,5 Millionen Tschechen einen Zustand der Ordnung geschaffen haben und dessen Aufrechterhaltung verbürgen, wobei den Tschechen eine Autonomie weitgehender Art gesichert ist. Es ist eben wohl, so scheint es uns Deutschen, zuweilen englische Taktik, die Methode des großen Nelson vor Kopenhagen anzuwenden, die bekanntlich darin bestand, daß er, als ihm das Signal seines vorgesetzten Admirals nicht paßte, das Fernrohr vor das erblindete Auge hielt. So sah er nichts — tat, was er selbst wollte, und hatte Erfolg. In der Politik sind solche Methoden aber keineswegs immer erfolgreich. Im Falle der Tschechoslowakei und der deutschen zwangsläufigen Aktion zur Herstellung der Ordnung im mitteleuropäischen Gebiet hat England versucht nur das zu sehen, was es sehen wollte, nämlich den im höchsten Maße unerwünschten Zuwachs an deutscher Macht und Geltung. Alle übrigen Argumente sind Scheinargumente und ähneln den berühmten Tränen des Krokodils. Und dann beschloß England auf den schlechten Rat seiner Kriegspartei, seines Auswärtigen Amtes und nicht zuletzt der parlamentarischen Opposition, zu handeln. Es machte sich mit äußerster Energie und Beschleunigung daran, eine sogenannte „Friedensfront" zu gründen. Frankreich gehörte natürlich von vornherein als Mitgründer dazu. Polen war, wie wir gesehen haben, das erste freudig beitretende Mitglied. Nach ihm kamen Rumänien und Griechenland daran, die sich aus Gründen ihrer balkanischen Politik die Garantie des mächtigen England gern gefallen ließen;

dann war es die Türkei, die, weil sie sich nach dem Anschluß Albaniens an das italienische Imperium von diesem bedroht glaubte, ihre bisherige Neutralitätspolitik über Bord warf und in die weitgeöffneten Arme Englands eilte. Dann aber, und das schien den englischen Kriegstreibern als das Allerwichtigste, begannen die ziemlich ungeschickt betriebenen Versuche, Sowjetrußland in die Kriegskoalition gegen Deutschland hineinzubringen. Sie endeten bekanntlich damit, daß gerade aus der näheren Kenntnis der englischen Pläne heraus die Leiter der russischen Politik den Weg zur Freundschaft mit Deutschland eingeschlagen haben. Das Ganze war ein von England unter Anwendung schärfster propagandistischer Mittel unternommener Versuch der Einkreisung Deutschlands mit kaum noch verhüllter Einstellung auf einen nahen Krieg. Die öffentlich ausgegebene Parole lautete: Jetzt ist es genug — jede weitere selbständige deutsche Aktion bedeutet den Krieg mit England!

So war es: Deutschland war für England zu mächtig geworden, und nun hatte England beschlossen, unter Ausbeutung der Armee des französischen Verbündeten und möglichst auch der Hilfskräfte anderer Länder den Kampf gegen Deutschland bei der nächsten passenden Gelegenheit aufzunehmen. Alles, was über die Entstehung des Krieges sonst gesagt werden mag, ist Wortgefecht, Nebensache, Phrase, Propaganda, Verhüllung oder Verfälschung der Wahrheit. Deutschland stand praktisch seit dem 15. März vor der Wahl, der englischen Drohung nachzugeben und mit seiner Politik der Liquidation der Versailler Ungerechtigkeiten und Irrtümer haltzumachen oder, selbst unter solcher Drohung, seine lebenswichtigen Ansprüche weiter zu vertreten. Im Bewußtsein seiner guten Sache ist es den schweren zweiten Weg gegangen. Es vertrat die Auffassung, daß weder England noch Frankreich in den Fragen deutschen Lebensinteresses, d. h. der Rückkehr eines letzten noch nicht befreiten deutschen Gebietsteils, den man 1919 in Ungerechtigkeit und Unvernunft abgetrennt hatte, sowie der Verbindung auseinandergerissener deutscher Länder ein Recht der Einmischung zustand. Unberechtigte englische Einmischung, das ist die beste und prägnanteste Formel, die es für die englische Politik, die zum Kriege führte, gibt! Gerade weil das deutsche Volk und

vor allem sein Führer volles Verständnis für die Aufgaben Englands in den weiten Gebieten seines Weltreiches besaß und weil die Mission dieses Weltreiches von Deutschland amtlich und im Gefühl des Volkes bejaht wurde, hat sich dieses deutsche Volk um so energischer gegen englische Übergriffe in seine eigene Lebenssphäre gewehrt. Und weil schließlich Deutschland seinerseits in feierlicher Form immer wieder erklärt hatte, daß es keinerlei Kriegsziele im Westen habe und haben wolle, ist durch den von niemandem in der Welt zu leugnenden Angriff Englands und Frankreichs auf Deutschland die Frage nach der Schuld an diesem Kriege einwandfrei entschieden.

Soll ich hiernach noch auf Einzelheiten der diplomatischen Vorgeschichte unmittelbar vor Kriegsausbruch eingehen? Sicherlich bilden die Blaubücher, die Gelbbücher und sonstigen Dokumente unserer Gegner eine Fundgrube für Berufspolitiker, für politische Schriftsteller und später einmal für die Historiker. Sicherlich macht insbesondere die englische Propaganda reichlich Gebrauch von ihren veröffentlichten diplomatischen Schriftstücken und versucht mit ihnen, vor dem eigenen Volke und vor der Welt die wirklichen Kriegsgründe zu verbergen. Und doch: Für die geschichtliche Erkenntnis zählen allein die Tatsachen. Die Veröffentlichungen der Gegner können das Bild der Entwicklung, wie es die deutschen Weißbücher zeigen, nicht verändern. Sie bestätigen vielmehr die deutsche These von der unberechtigten Einmischung Englands und Frankreichs in deutsche Lebensfragen. Gestatten Sie mir trotzdem, gegenüber so vielen Verwirrungen und falschen Darlegungen der Gegenseite, in Ergänzung dessen, was ich Ihnen vorher über die Entstehung des Krieges mit Polen vorgetragen habe, noch einige unanfechtbare Tatsachen aus den Dokumenten über die letzten Friedenstage festzuhalten. Vor allem weise ich auf die Bedeutung des 25. August als eines weltgeschichtlich überaus wichtigen Tages hin. Die Krise hatte sich dem Höhepunkt genähert. Deutschland forderte die sofortige Revision des deutsch-polnischen Verhältnisses, und Polen lehnte sie ab, England drohte mit Krieg, falls Deutschland zur Durchsetzung seiner Forderungen Gewalt anwenden würde. Da machte der deutsche Führer noch einmal einen großzügigen Vorschlag an England: Es sollten, sobald die polnische An-

gelegenheit auf Grund der deutschen Forderungen bereinigt wäre, sofort Verhandlungen über die Herstellung eines dauernden Freundschaftsverhältnisses, über eine Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet und über eine Herabsetzung der Rüstungen beginnen.

Was war die Folge dieses letzten Versuchs Deutschlands, mit England zusammen eine bessere Welt aufzubauen und ein Zeitalter des Friedens zu sichern? Es begannen geheimnisvolle Beratungen in London. Krieg oder Frieden, Glück oder Unglück für viele Millionen Menschen lagen in Englands Hand. Endlich kam eine „diplomatische" Antwort; eine deutsche eingehende und klare Gegennote wurde schon am nächsten Tage dem britischen Botschafter übergeben, neue englische Antwort, neuer deutscher Schritt — England spielte auf Verschleppung und Verzögerung. Es wollte auf keinen Fall, daß das von ihm so feierlich und mit lautem Presselärm garantierte Polen in direkter schneller Verhandlung mit Deutschland „schlecht abschnitte", d. h., richtig gesagt, die in seinem Interesse einzig vernünftige Lösung annähme, Danzig frei gäbe und der Herstellung der Verbindung zwischen Ostpreußen und dem Reich zustimmte. Seine öffentliche Meinung war nun seit dem 31. März mit allen Mitteln amtlicher Schürung dahin erzogen, daß Deutschland keine neue Aktion an seinen Grenzen mehr gelingen dürfe, und England fühlte sich in traditioneller Überheblichkeit als Schiedsrichter auch über Deutschland. Es empfahl zwar zunächst direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen, machte jedoch von dem Ergebnis dieser Verhandlungen, das international garantiert werden müsse, sein späteres Eingehen auf die umfassenden Friedensvorschläge Adolf Hitlers abhängig. Mit anderen Worten: Anstatt in dem deutschen Vorschlag das Große, die Sicherung eines dauernden Friedens, zu sehen, strebte es selbst als Folge seiner eigenen Garantiebindung an Polen, die es, wie aller Vernunft und Gerechtigkeit zum Trotz, an diesem 25. August in der feierlichen Form eines Vertrages nochmals bekräftigte, einen Prestigeerfolg über Deutschland an. Um einen äußersten Versuch zu machen, den Frieden zu erhalten, ging Deutschland sogar auf die englische Bedingung ein. Es gab die Richtung an, in der nunmehr allein noch zwischen Deutschland und Polen eine

friedliche Lösung möglich war. Das waren die am 29. August vom Führer Deutschlands bekanntgegebenen Forderungen betreffend Danzig, Korridor, Minderheiten, und die ihnen folgenden am 30. August vor allem durch Einfügung der Volksabstimmung im gesamten Korridor ergänzten, im einzelnen ausgearbeiteten Vorschläge, die ich Ihnen im ersten Teil meines Vortrages dargelegt habe. Nun kam es, in Parallele zu dem englisch-polnischen Zusammenspiel von Ende März, zu folgender, geradezu theatralischer Abwicklung der Dinge: Der Pole wollte, wie wir wissen, nicht verhandeln, auf keinen Fall aber Danzig freigeben und Deutschland im Korridor Konzessionen machen. England tat Deutschland gegenüber so, als ob die Warschauer Regierung verhandlungsbereit sei, bezeichnete es jedoch gleichzeitig als „offenkundig unvernünftig", wenn erwartet werde, daß ein polnischer Vertreter am 30. August in Berlin wäre, um über die deutschen Vorschläge zu verhandeln. Nichts weist in den englischen Dokumenten darauf hin, daß während dieser für den Frieden kostbaren Tage und Stunden England in Warschau einen Rat zugunsten einer vernünftigen, realpolitischen Haltung gegeben hat. Im Gegenteil, gerade die englischen Dokumente beweisen im einzelnen die englische Absicht der Verschleppung. Aus dem Prädikat „offenbar unvernünftig" für das Verlangen Deutschlands nach Entsendung eines polnischen Unterhändlers wurde einige Stunden später die Zensur „absolut unvernünftig". Dann erhielt England in der Nacht vom 30. zum 31. August die letzten deutschen Vorschläge. Hatte England bisher scheinbar in der äußeren Form zu vermitteln gesucht, so setzte es sich jetzt auf den hohen Stuhl des Schiedsrichters und erklärte: „Die deutschen Vorschläge würden zweifelsohne während des Meinungsaustausches sorgfältig geprüft werden; es könnte dann entschieden werden, wie weit sie mit den wesentlichen Bedingungen vereinbar seien, die England bekanntgegeben habe und denen Deutschland (durch Erklärung seiner Bereitschaft zur Verhandlung mit Polen) zugestimmt hätte . . ."

Hier kommt mir wieder die Erinnerung an ein persönliches Erlebnis. Es war auf der Abrüstungskonferenz am 14. Oktober 1933. In Abwesenheit des bereits nach Berlin abgereisten Führers der deutschen Delegation saß ich als sein Vertreter auf

meinem Platz in der letzten Genfer Sitzung, an der deutsche Vertreter teilgenommen haben. Der Sitzungsbeginn verzögerte sich. Das englisch-französische Kompromiß, das Deutschland in Aufhebung früherer Beschlüsse die Gleichberechtigung wieder verweigerte, wurde in der üblichen Vervielfältigung verteilt. Die Redaktion war im letzten Augenblick in einer Besprechung der englischen und französischen Vertreter geändert worden. Ich stellte sofort fest, daß auch nach den Änderungen die Verweigerung der Gleichberechtigung für Deutschland aufrechterhalten blieb, und wußte, daß nach dieser englisch-französischen Fehlentscheidung der Austritt Deutschlands aus Abrüstungskonferenz und Völkerbund unausbleiblich war und in wenigen Stunden aller Welt bekannt sein würde. Da trat auf dem Wege zu seinem Stuhl der englische Delegationsführer, damaliger Außenminister, Sir John Simon, zu mir heran und fragte mich, ob ich von den Änderungen Kenntnis genommen hätte, die man eben noch eingefügt habe. Meine Antwort war: „Jawohl, aber die deutsche Gleichberechtigung fehlt nach wie vor." Darauf kam die typische Antwort: „Das kann vielleicht später gemacht werden . . ."

Sehen Sie, das ist „englische Politik", aber es war weder am 14. Oktober 1933 noch am 31. August 1939 deutsche Politik. Von 1919 an war Deutschland allzuoft in seinem Vertrauen auf Worte und unbestimmte Versprechungen seiner damaligen und heutigen Gegner getäuscht worden. In der Geschichte der Völker gibt es außerdem Augenblicke, „wo man", wie unser Dichter Schiller sagt, „dem Weltgeist näher ist als sonst". Wie am 14. Oktober 1933 die englische Politik mit der völlig falschen Beurteilung des deutschen Verhandlungspartners einen entscheidenden Mißgriff begangen hat, so hat sie sich in bezug auf ihre Hoffnung, Deutschland am 30. und 31. August dieses Jahres politisch zu demütigen und von seinen lebenswichtigen Forderungen hinsichtlich der deutsch-polnischen Grenzen abzubringen, völlig getäuscht. In hochgespanntester kritischer Situation hat die englische Politik während der letzten Friedensstunden nicht aufrichtig und ernsthaft an der Erzielung einer friedlichen Lösung mitgearbeitet, sondern diplomatische Taktik getrieben, die auch auf die Gefahr eines großen Krieges Deutschland an der

Erreichung seiner Mindestforderungen hindern sollte. Und noch einmal möchte ich es an dieser Stelle zusammenfassend sagen: Gerade Deutschland hat sein Ziel auf dem Verhandlungswege erreichen wollen, und dieses Ziel war mit Polens Unabhängigkeit und Souveränität, wie wir gesehen haben, durchaus vereinbar. Hätte England am 30. und 31. August, nachdem es die maßvollen deutschen Vorschläge kannte, anstatt Polen noch weiter zur Intransigenz zu ermutigen, ihm den Rat zum Einlenken, zur Verständigung gegeben, dann wäre es weder zum Kriege mit Polen noch zum Kriege mit den Westmächten gekommen. Als Deutschland am 1. September zur Abwehr der polnischen bewaffneten Übergriffe geschritten war, gab es während einiger Stunden am 2. September noch einmal die Möglichkeit, „Das Ganze halt!" zu blasen und den schwelenden Kriegsbrand zu löschen. Das war die Vermittlungsaktion Mussolinis, der einen Waffenstillstand und eine Konferenz zur Lösung des deutsch-polnischen Konflikts vorschlug. Zum zweiten Male hat an jenem Tage England durch seine Stimme den Frieden sabotiert. Es forderte bewußt das Unmögliche, die Zurückziehung der deutschen Truppen aus polnischem Gebiet. Dann stellte es sein zweistündiges Ultimatum und erklärte den Krieg . . .

Frankreich ist ihm dabei — zögernd — gefolgt, trotzdem es zunächst der Aktion Mussolinis zugestimmt hatte. Es befürchtete wohl im Fall eines deutschen Sieges über England, daß ein siegreiches Deutschland Italien unterstützen könnte, wenn dieses ihm jene Forderungen der Vernunft und Gerechtigkeit nochmals präsentieren würde — „Tunis, Djibouti, Suez" —, die bisher schroff abgelehnt worden waren . . .

Ich habe Ihnen die entscheidende Schuld und Verantwortung Englands am Kriege 1939 dargelegt, aber meine Ausführungen würden der Wahrheit ermangeln oder zum mindesten unvollständig sein, wenn ich in der Erinnerung an jenen 2. September des abgelaufenen Jahres nicht noch einige grundsätzliche Ausführungen über die Rolle Frankreichs machen und nicht auch seine geschichtliche Schuld nachweisen würde. Die französische Regierung mag jetzt geschickt Gelbbücher zusammenstellen, sie mag noch so emsig die alten Ladenhüter von der deutschen „Aggression" und der französischen von Friedens- und Menschen-

liebe triefenden „Zivilisation“ hervorholen und in der Welt verbreiten — unendlich interessanter für die Frage nach der Entstehung des Krieges 1939 wäre es, wenn sie vor dem eigenen Volke und vor der internationalen Öffentlichkeit einmal eine genaue Darstellung der internen Vorgänge bei ihr selbst und vor allem der Erörterung zwischen ihr und der englischen Regierung an jenem 2. September 1939 geben würde. Täte sie es, dann würde man über drei schwerwiegende Zusammenhänge nähere Auskunft erhalten. Wir wollen die Fragen, die wir in dieser Beziehung zu stellen haben, einmal so formulieren:

Ist es richtig, daß Frankreich bis dahin gehofft hatte, im Falle eines europäischen Krieges hinter der Maginotlinie defensiv den „Angriff“ Deutschlands — darauf war ja die französische Öffentlichkeit seit vielen Jahren immer wieder vorbereitet worden — abwarten zu können, um gleichzeitig mit seiner Hauptkraft gegen Italien aufzumarschieren?

Die zweite Frage lautet: Ist es richtig, daß Italiens Nichteintritt in den Krieg den ganzen französischen Aufmarsch gestört hat, so daß in den leitenden französischen Stellen am 2. September größter Wirrwarr herrschte und schon aus dieser Stimmung heraus der Ausweg der Vermittlung Mussolinis zustimmend begrüßt wurde?

Die dritte Frage: Ist es richtig, daß Frankreich aus der Einstellung heraus, die ich Ihnen bei der Schilderung des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 dargelegt habe, auch am 2. September 1939 wenig Neigung verspürte, in einem gegen Deutschland zu führenden „Angriffskrieg“ die eigene Existenz aufs Spiel zu setzen und, nach endgültigem Abschwenken Rußlands, bei zweifelhaftem englischem Einsatz nochmals größte Opfer an Gut und Blut zu bringen und daß demzufolge die französische Regierung erst durch energische englische Zurechtweisung, ja höchst wahrscheinlich durch die unverhüllte Drohung der vollständigen Isolierung, zum Anschluß an die englische Kriegspolitik gebracht wurde?

Ein Deutscher wird keinen Augenblick zögern, diese drei Fragen mit „Ja“ zu beantworten. Aber dann vergleichen Sie einmal selbst die jetzige heuchlerische Haltung der französischen Regierung mit solchem tatsächlichen Geschehen. Jetzt tut nach

fälschlich behauptetem deutschem „Angriff auf Polen“ die französische Regierung so, als habe sie folgerichtig aus unwiderstehlichem Drange heraus und um die Welt für immer von dem Alpdruck einer herausfordernden deutschen Aggressionslust zu befreien, an der Seite Englands spontan an dem großen Werk der Befriedung Europas teilgenommen, das nur durch Niederschlagung und Zerstückelung Deutschlands seine Verwirklichung finden könnte ...

Nein, die Wahrheit sieht anders aus. Das Frankreich von 1939 war ein Land, das, zwischen Furcht und Hoffnung hin und her geschüttelt, schließlich seine volle Selbständigkeit als Großmacht verloren hat, das sich in Abhängigkeit von England begab und heute mit Recht als ein „Dominion“ des englischen Weltreiches bezeichnet werden muß. In solcher Abhängigkeit hat Frankreich sich in einen Kampf gestürzt, den es noch kurz vor der Entscheidung nicht gewollt hat. Es tat dies letzten Endes deshalb, weil seine geschichtlich kleinen Führer keinen anderen Ausweg wußten und weil sie den Mut zu einer selbständigen französischen Großmachtpolitik nicht mehr aufbrachten. So hat die französische Regierung mit eigener Hand alles zerstört, was auf dem Gebiet deutsch-französischer Entspannung und Verständigung im Laufe vieler Jahre mit zunehmendem Erfolg hüben und drüben aufgebaut war. Und nun wird Frankreich in diesem Deutschland aufgezwungenen Kriege nicht nur sein Teil an der geschichtlichen Verantwortung tragen, sondern auch sein Teil an der tatsächlichen Schuld sühnen müssen. Wir wollen uns klarmachen, was hiermit gemeint ist. Was ist, in allem Wesentlichen zusammengefaßt, am 3. September 1939, am Tag auch der Kriegserklärung Frankreichs gegen Deutschland, geschehen?

Frankreich hat ein benachbartes großes Volk angegriffen, das ihm gegenüber etwas in der Weltgeschichte Unerhörtes und Niedagewesenes vollbracht hatte — ein Volk, das aus höchsten Gründen europäischer Solidarität und der Gemeinsamkeit europäischer Zivilisation alles ausgelöscht und vergessen hatte, was das im Bunde mit einer überlegenen Weltkoalition siegreiche Frankreich ihm seit dem November 1918 jahre- und jahrzehntelang an Bösem, an Gewalt, an Grausamkeit und Un-

gerechtigkeit in einem sogenannten Frieden angetan hatte. Deutschland hatte 1938/39 seinerseits nach langem Leidens- und Opferweg seinen endgültigen Frieden mit Frankreich gemacht; es war im Spätsommer 1939 gerade dabei, die letzte Frankreich und seine Interessen in keiner Weise berührende Ungerechtigkeit des Versailler Irrsinns im Osten mit friedlichen Mitteln zu beseitigen — da wird, im Bunde mit dem angeblich allgewaltigen England, in der französischen Seele plötzlich alles wieder wach, was jahrhundertelang in der Bekämpfung Brandenburgs, Preußens und Deutschlands nach dem Rezepte Richelieus die wesentliche Leitlinie französischer Außenpolitik schlechthin gewesen war. Im Kampfe zwischen Vernunft und Haß hat in Frankreich noch einmal der Haß gesiegt — Deutschland aber und sein Volk kannten den Haß nicht. Es wollte gegenüber dem französischen Nachbarvolke und seinem großen überseeischen Kolonialreich unter dauerndem Verzicht auf Elsaß-Lothringen lediglich den ihm zukommenden Platz in der europäischen Mitte wieder einnehmen und friedlich mit Frankreich unter Austausch von Gütern und Kultur zusammenarbeiten. Frankreichs höchste Ziele mußten dann erfüllt sein, wenn in Abgrenzung der Interessen innerhalb Europas seine eigene Sicherheit gewährleistet war und dem 40-Millionen-Volk die Möglichkeiten zur Entwicklung seines großen Kolonialbesitzes ungefährdet offenblieben. Diese Sicherheit war durch Adolf Hitlers Politik, der das deutsche Volk aus voller innerer Überzeugung zugestimmt hatte, gegeben. In der kolonialen Sphäre blieb lediglich eine friedliche und schiedliche Auseinandersetzung mit Italien übrig, die auch auf diesem Felde zu klarer Abgrenzung der Interessen am Abschluß der beiderseitigen kolonialen Expansion in Afrika führen sollte. Muß man wirklich annehmen, daß kein französischer Minister am letzten Vorkriegstage, am 2. September 1939, solche und ähnliche Erwägungen angestellt hat? Ich kann das nicht glauben. Ich habe selbst in den letzten Jahren mit zu vielen Franzosen über diese Zukunftsfragen gesprochen. Ich bin sicher, daß dieselben französischen Politiker, die in kläglicher Nachäffung englischer Beschimpfungen heute die deutsche Regierung ebenfalls als „Gangster-Regierung" zu bezeichnen wagen, noch bis unmittelbar vor Ausbruch des

Krieges im Siege der Vernunft über Gefühle den dauernden Ausgleich mit Deutschland als die für Frankreich einzig richtige Politik erkannt haben. Am 2. September haben sie geschwiegen oder sich nicht durchzusetzen gewußt. Heute halten sie es mit der Mehrheit und wiederholen die Propagandaphrasen ihrer Regierung. So ist dieser 2. September 1939, der Sedantag preußisch-deutscher Geschichte, ein Schicksalstag erster Ordnung für Frankreich geworden. Aus Angst vor einer schlecht unterrichteten öffentlichen Meinung und ihren irregeleiteten Instinkten hat wieder einmal die „Demokratie“ einen traurigen Sieg davongetragen. Im westlichen Sinne ist sie ein System, in dem es unendlich leichter ist mit der Masse zu sündigen als in der Minderheit oder womöglich als einzelner das als richtig Erkannte zu tun. Und weil Herr Daladier und vielleicht auch andere Minister natürlich genau wissen, wie die Dinge wirklich lagen, haben sie seitdem die Legende, besser die Lüge, erfunden, daß Frankreich deshalb zum Angriff gegen Deutschland schreiten mußte, weil dieses Deutschland nach eventueller Erledigung der polnischen Frage sich auch auf das „arme, verratene, gutgläubige, friedliche Frankreich“ gestürzt hätte, weil es jeden Vertrag bricht, weil es die Weltherrschaft erstrebt, weil es mittelalterliche Methoden in die Beziehungen der Völker wieder eingeführt hat . . .

Und da erscheint dem Deutschen auf einmal wieder die Vision einer Entwicklung, die er überwunden glaubte. Er sieht auf einmal wieder ein Frankreich vor sich, wie es sich seit den trüben Novembertagen 1918 bis in die jüngste Zeit hinein gegen das deutsche Nachbarvolk gestellt hatte . . .

„Versailles!“ Der grimmige Hasser alles Deutschen, Clemenceau, erlebt seinen Triumph. Nach seiner Ansicht gab es 20 Millionen Deutsche zuviel, und er hatte sich eifrig bemüht, sein Ziel zu erreichen. Er hat es nicht vollständig geschafft; die angelsächsischen Mächte wollten Frankreich nicht die Alleinherrschaft in Europa ausliefern. So kam es, daß der Friede Chemenceaus vom französischen Standpunkt aus ein Kompromiß wurde. Aber gerade darum hat sich jede französische Regierung seit dem Versailler Diktat bemüht, seine Ausführung dazu zu benutzen, den 1919 nicht erreichten endgültigen Zu-

sammenbruch Deutschlands „mit friedlichen Mitteln“ doch noch zu verwirklichen. Und es begann jene Serie aufs tiefste demütigender, grausamer und brutaler Maßnahmen, die Deutschland 1923 tatsächlich an den Rand des Zusammenbruchs führte. Sie ist vor allem mit dem Namen Poincaré auf immer verknüpft. Seine Generale versuchten mit Hilfe einiger Lumpen und Vaterlandsverräter die Pfalz und das Rheinland, wo schwarze und farbige Truppen ein erhebliches Besatzungskontingent bildeten, von Deutschland loszureißen. Bis östlich Dortmund drang die französische Soldateska vor, nachdem Poincaré jeden Versuch, eine einigermaßen vernünftige Regelung der Tributfrage zur Erörterung zu stellen, sabotiert hatte. In Oberschlesien war es der französische General Lerond, der den polnischen Aufständischen offen zu Hilfe kam; ein französischer General ließ im Frühjahr 1923 100 Arbeiter in den Kruppschen Werkstätten erschießen; die französische Politik förderte den Raub Memels durch Litauen; französische Politiker, Ingenieure und später „berühmte“ Diplomaten ersannen damals jene phantastischen Pläne, die deutsche Kohlen- und Eisenindustrie in Westfalen und im Rheinland für immer der deutschen Souveränität zu entziehen, und die französische Herrschsucht schien schrankenlos Europa ihre Gesetze auferlegen zu können. Dann kam der Umschwung. Deutschland wehrte sich, so gut es konnte. Frankreich hatte seine Macht überschätzt, und im Frühjahr 1924 war es bereit zum Kompromiß des Dawesplans. Es folgten „Locarno“ und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Ich hörte damals selbst die „sonore Stimme“ des Herrn Briand in den Saal der Völkerbundsversammlung rufen: „En arrière les mitrailleuses, en arrière les canons!“ Phrasen, nichts als hohle Phrasen! Wo blieb die Auswirkung von Locarno? Wo blieb die mit Locarno vertraglich verbundene Abrüstung? Wo blieb die Räumung des Rheinlandes, die allein doch das deutsche Opfer eines freiwilligen wiederholten Verzichts auf Elsaß-Lothringen gelohnt hätte? Eine „schäbige Lösung“ war sogar nach dem Urteil des englischen Außenministers Sir Austen Chamberlain die Verringerung der französischen Besatzungstruppen um wenige tausend Mann als sogenannte „Auswirkung von Locarno“, aber 70 000 bis 80 000

französische Soldaten, darunter die schwarzen Kontingente, blieben noch weitere lange vier Jahre auf deutschem Boden. Nichts Positives geschah auch auf dem Gebiete des feierlich vereinbarten Minderheitenschutzes oder in irgendeiner sonstigen Frage zugunsten der Gerechtigkeit für Deutschland. Ich sehe und höre im Geiste den als Vertreter Frankreichs beim Völkerbund damals wie heute amtierenden Paul-Boncour mit pathetischer Gebärde auf der Tribüne von Genf deklamieren: „Ach, wenn es doch wenigstens gelänge, das Rüsten der Völker auf dem gegenwärtigen Stande anzuhalten und zu begrenzen!“ Ja, das war Frankreichs wahres Ziel: Dauernde Stabilisierung der französischen Übermacht und ein wehrloses Deutschland! Und neben den französischen „Nachtigallen“ betätigte sich geräuschvoll Herr Titulesco, der Rumäne, der „Meistertrabant“ Frankreichs: „La revision c'est la guerre!“ Und Herr Benesch und alle die anderen Freunde des großen Frankreich wollen in unserer Vision der Vergangenheit nicht vergessen werden. Paris war das beliebteste Reiseziel aller „europäischen“ Politiker. Vorwärtstreiben der französischen Bündnispolitik mit Tschechen, Polen, Rumänen, Jugoslawen, Russen war die Parole. 1935 hoffte Frankreich auch Italien auf seine Seite zu bekommen. Die „Stresafront“ sollte Deutschland an jeder Vorwärtsentwicklung hindern. Der Versuch schlägt fehl. 1936 tritt Frankreich vom Vordergrund der europäischen Bühne ab und England übernimmt die Führung der keimenden Kriegskoalition gegen Deutschland. Und dann gerät Frankreich ins Schwanken zwischen überlebter Tradition und vorwärtsweisender Vernunft: Soll es sich nicht doch mit Deutschland verständigen? Es war, als ob die Göttin der Geschichte dem französischen Volke jahrelang eine Chance offenhielt. Vorbei! Das alles zieht noch einmal an unserer Erinnerung vorüber ...

Und dieses Deutschland, das gedemütigte, ausgeplünderte, verarmte und vergewaltigte Land der europäischen Mitte hat trotz dieser französischen Politik zusammengehalten, und seit 1933 hat es sich unter neuer Führung und in einem umwälzenden neuen politischen, sozialen und kulturellen System wieder zur Großmacht emporgearbeitet. Immer wieder hat der deutsche Führer Frankreich die Friedenshand geboten, ein letztes Mal

in jenem tiefgefühlten, aus der Stimmung der weltgeschichtlichen Krise Ende August 1939 an Herrn Daladier gerichteten persönlichen Brief. Und das ist der Abschluß der deutschen Vision, von der ich sprach: Hier die ausgestreckte deutsche Friedenshand über den Rhein hinüber nach Frankreich — dort kurzes Zögern und dann endgültiges Einschwenken in die verhängnisvolle Rolle des Trabanten englischer Kriegspolitik ...

Nun ist diese Vision im hellen Lichte einer harten Wirklichkeit entschwunden. Wieder, wie so oft in ihrer Geschichte, stehen sich Deutschland und Frankreich als Gegner gegenüber. Wer aber wagt es, die schwere geschichtliche Schuld Frankreichs zu leugnen?

Heute stehen sie alle auf, die Schreiber und Söldlinge der französischen öffentlichen Meinung und alle jene geschäftigen Leute, die wir seit so vielen Jahren an der Arbeit sehen und deren Tun und Lassen wir genau verfolgen konnten. Jetzt setzen sie in überheblichem Tone ihr trauriges Werk des Volksbetruges fort. Jetzt glauben sie, dieses schlecht unterrichtete französische Volk in der üblichen Weise durch immer neue Lügen und Verdrehungen der Wahrheit zum vollen Ausbruch des Hasses gegen Deutschland aufputschen zu können. Jetzt verteilen sie das Fell des Bären, ehe sie ihn erlegt haben. Jetzt wissen sie schon ganz genau, wie sie Deutschland in einzelne Staaten aufteilen werden, wen sie zum König von ihren Gnaden machen und welche deutschen Gebiete sie wiederum an fremde Völker verschachern wollen. Jetzt tun sie sich zusammen mit aus Deutschland verwiesenen Landesverrätern und Lumpen und schwatzen in Klüngeln und Komitees von dem angeblich sicheren Siege der Zivilisation über Gewalt und Barbarei. Jetzt wagen sie schon wieder von einem „vereinigten Europa“ zu sprechen, das unter den Segnungen der französisch - englischen Regie das Paradies auf Erden werden soll ...

Genug!

Gegen seinen Willen, mit Bedauern sogar, hat Deutschland den Kampf aufgenommen. Nun ist die Erinnerung an Vergangenes wach. Nun steht Frankreich in seiner 1000jährigen selbstsüchtigen, brutalen und törichten Haß- und Neidpolitik gegen den östlichen Nachbarn wieder lebendig vor den Augen

jedes Deutschen. „Du hast's gewollt, Frankreich!" Die Geschichte wird über dich und insbesondere über die Verantwortlichen des 3. September 1939 ein hartes Urteil fällen!

Auch England zieht auf seine Weise eine Bilanz der Vergangenheit.

Der letzte britische Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, der sich im Beginn seiner Amtszeit zeitweise für eine Verständigung zwischen Deutschland und England eingesetzt hatte, hat, nach England zurückgekehrt, sich seiner Regierung als Propagandist zur Verfügung gestellt und auch einen eigenartigen „Schlußbericht' geschrieben, der nun als eines der vielen Propagandamittel der englischen Politik in aller Welt verbreitet wird. In diesem Bericht schreibt er, daß „deutscher Größenwahn sein und Chamberlains Werk zunichte gemacht habe". Doch nein, so ist das nicht! Deutschland hatte und hat keinen Wahn, wohl aber ein klares Bewußtsein seiner Größe und Ebenbürtigkeit auch gegenüber England. Henderson selbst hat in Punkt 44 seines Schlußberichtes zugegeben, daß sich der deutsche Führer aufrichtig um eine Verständigung mit England bemüht hat. Englands fester Entschluß, die Aufwärtsentwicklung des neuen Deutschlands in einer letzten außerordentlich wichtigen Frage zu hemmen, hat das Unglück dieses Machtkampfes herbeigeführt, dieses Kampfes zwischen dem alten Vorherrschaftsanspruch eines besitzenden Weltreichs und dem neuen Geltungsdrang des aus Not und Ohnmacht wiedererstandenen deutschen, nun 80 Millionen zählenden Volkes innerhalb seiner durch Geschichte und Vorsehung bestimmten Lebenssphäre ...

Nein, wirklich, in diesem Kriege geht es nicht um Polen oder um Tschechen oder um kleine Nationen. Es hat wenig gefehlt, dann wäre 1933 oder 1935 oder 1936 oder 1938 schon um ganz anderer Fragen willen durch England und Frankreich Gewalt gegen Deutschland angewandt worden. Bei keiner dieser Gelegenheiten jedoch waren die Westmächte gemeinsam zum letzten Entschluß bereit gewesen. Jetzt, am 3. September 1939, war England so weit. Die Kriegspartei hatte im englischen Kabinett die Oberhand erlangt, und die aus der Gedankenwelt des stets besonders deutschgegnerischen Foreign Office stammende „Garantie" an Polen hatte die erwünschte Zwangslage zum Los-

schlagen geschaffen. Diese Politik war die klare Wiederaufnahme jener Politik früherer Zeit, die zuletzt Sir Edward Grey in den Jahren 1909 bis 1914 betrieben und die damals programmäßig ebenso zum Kriege geführt hat wie die seiner Epigonen: Gegen Deutschland als die stärkste Macht auf dem europäischen Kontinent — Verhinderung vor allem der Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich —, Aufhetzung einer möglichst großen Zahl anderer Staaten gegen Deutschland unter der Parole der Zivilisation und des Schutzes der kleinen Mächte — das waren damals und jetzt wieder die Leitgedanken derjenigen englischen Politiker, die für die Entscheidung den Ausschlag gegeben haben. Ging es im Weltkriege gegen den deutschen Kaiser, geht es heute gegen Adolf Hitler? Wenn Deutschland morgen eine Republik oder wieder ein Kaiserreich würde, aber dieselbe politische und militärische Macht besäße wie heute, dann wäre es für England ebenso der Feind wie jetzt. Es ist die Macht Deutschlands, seine Einigkeit und seine Stärke, die England unerwünscht war und ist, und die es nun vergeblich zu zerschlagen versucht. Zeigt nicht die englische und französische Propaganda selbst, daß wir mit dieser Behauptung recht haben? Aus all dem Wirrwarr und den Phrasen und Umschreibungen geht immerhin klar genug hervor, daß die Aufteilung Deutschlands, die Rückwärtsentwicklung von deutscher Einigkeit zu längst überwundener Vielstaaterei das eigentliche und höchste Kriegsziel von Engländern ebenso wie Franzosen ist. Umgekehrt hatte das geeinte und nun endlich an allen seinen Grenzen konsolidierte Deutschland nach Erledigung der polnischen Frage kein höheres und schöneres Ziel, als endlich wieder eine Periode dauernden und wirklichen Friedens einzuleiten. Das war der Sinn und die große Bedeutung des deutschen Friedensangebots vom 6. Oktober nach Beendigung des polnischen Feldzuges.

Wie kläglich und wie hohl stehen neben dieser klaren Zielsetzung Deutschlands die Propagandaphrasen der Gegner von Deutschlands Streben nach Weltherrschaft oder ähnlicher Unsinn. Blicken wir doch einen Augenblick um uns auf das Geschehen draußen in der Welt. Im Süden Europas ist die Großmacht Italien erstanden und verlangt mit Recht die Berücksichtigung ihrer besonderen Interessen im Mittelmeer, in Afrika und auf den Ver-

bindungswegen zwischen beiden. Auf der Pyrenäenhalbinsel konsolidiert sich die Kraft des nationalen Spaniens. In Westeuropa herrschen England und Frankreich; Deutschland stellte dort keinerlei Ansprüche. Im Südosten Europas haben die Balkanstaaten ihre eigenen Sorgen, und noch manche Fragen stehen offen; aber was Deutschland anbelangt, so weiß man, daß es dort lediglich wirtschaftliche Ziele und Aufgaben verfolgt und keine politische oder militärische Vorherrschaft erstrebt. Im Osten geht Rußland auf den Wegen der Expansionspolitik Peters des Großen vor, und nach Ansicht der Westmächte selbst hat Deutschland seine Interessen gegen die Interessen Rußlands deutlich abgegrenzt. Was also soll das Beharren auf falschen Parolen und das Bestreben der Regierungen Englands und Frankreichs, die eigenen Völker dadurch weiter zu den Opfern und Entbehrungen des Krieges bereitzumachen, daß sie ihnen die Lüge von Deutschlands angeblich unersättlicher Gier nach Vor- und Weltherrschaft erzählen. Noch einmal sei es gesagt: Ebenso wie der Krieg nicht wegen deutscher Machtziele, sondern durch die englische Einmischung in Deutschlands Lebenssphäre entstanden ist, so geht der deutsche Kampf heute darum, diesen englischen Vorherrschafts- und Einmischungsanspruch in Europa für immer zu brechen. Und wenn ein irregeleitetes Frankreich heute der englischen Machtpolitik blindlings Gefolgschaft leistet und wenn die französische Regierung zur Belebung der sinkenden Kriegsbegeisterung ihrem Volke die kommende Zerschlagung und Aufteilung Deutschlands vortäuscht, dann wird auch von dieser Seite her die große Bedeutung dieses Krieges als einer wahrhaft weltpolitischen Auseinandersetzung deutlich.

Dieser Krieg, der zuerst sinnlos schien, weil Deutschland infolge seiner militärischen Machtstellung, seiner politischen Freundschaften, seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten im Gegensatz zur Lage im Weltkriege 1914/18 „blockadefest" geworden ist, und weil es selbst keine Kriegsziele im Westen hatte, hat durch den Aushungerungsversuch der Westmächte und vor allem durch die Aufstellung ihrer auf Zerschlagung der deutschen Einheit abgestellten Kriegsziele einen tiefen Sinn bekommen. Deutschland wird in der Verteidigung in friderizianischem Geist zurückschlagen, so kräftig, so nachhaltig, daß eine Wiederholung

des frivolen, aus Neid und Beschränktheit geborenen Angriffs von 1939 für alle Zeiten ausgeschlossen sein wird.

Deutschland wird siegen!

Nur der kann den Sinn dieses Krieges verstehen, der sich frei macht vom Gerede des Tages, von Voreingenommenheit oder gar Haß, der bekanntlich die Menschen blind macht.

In solchen Zeiten, wie wir sie jetzt durchleben, spüren wir das Walten der Vorsehung. Wir beobachten mit äußerster Spannung, wie mit ehernem Griffel die Fortsetzung der Geschichte der Völker geschrieben wird.

Ein altes Europa, eine alte Welt versinkt. Der neuen Zeit, den berechtigten Wünschen der Völker, der großen und der kleinen, will Deutschland an seinem Teil nicht mit veralteten Parolen überwundener Geschichtsepochen, sondern mit dem klaren Bekenntnis seiner eigenen Lebensbedürfnisse — aber auch mit ihrer Abgrenzung gegen die Lebensbedürfnisse anderer Völker begegnen.
